

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt: Tagesblatt, Rieser, Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1339, Großenhain Nr. 52.

Nr. 131.

Freitag, 8. Juni 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juni 0,800. — Markt einschli. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 350. — Markt; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufsatz, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 200. — Markt. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontakt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Nichtzählige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Amtshauptmannschaft hat nach Beschluß des Bezirksausschusses eine neue Meldeordnung erlassen, die sich auf die Stadt Radeburg, sowie die Landgemeinden und die noch bestehenden Gutsbezirke erstreckt.

Die Meldeordnung kann bei diesen Stellen eingesehen werden. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende: Die polizeiliche Anmeldung hat binnen drei Tagen nach dem Einzuge bei der Ortsbehörde unter genauer Angabe des Namens und der Wohnung, des bisherigen Wohnortes sowie der sonstigen persönlichen Verhältnisse zu erfolgen. Der Abmeldebefehl der Ortsbehörde des bisherigen Wohnortes sowie der Nachweis über die zuletzt entrichtete Einkommensteuer ist dabei mit zu erbringen. Ueber die erfolgte Anmeldung wird ein gebührenpflichtiger Anmeldebefehl erteilt. Wer aus einem Orte des hiesigen Bezirks verzieht, hat sich vor seinem Weggange bei der Ortsbehörde unter Angabe des zukünftigen Wohnortes abzumelden. Diese hat unter Angabe der persönlichen Verhältnisse des Verziehenden einen gebührenpflichtigen Abmeldebefehl zu erteilen. Personen, welche durch Erlangung der Selbstständigkeit, Anstellung oder Ver-

gründung einer Gewerbetrieblauflassung die Gemeindegemeinschaft erwerben, haben sich darauf alsbald bei der Ortsbehörde zu melden (§ 16 der Landgemeindeordnung).

Die Vermieter von Wohnungen sind für pünktliche An- und Abmeldung ihrer Mieter neben diesen verpflichtet.

Alle Gast- und Herbergswirte haben ein Fremdenbuch zu führen, das die genauen persönlichen Verhältnisse der übernachtenden Personen enthält. Der Eintrag ins Fremdenbuch hat alsbald nach der Ankunft zu erfolgen. Auf Erfordern ist das Fremdenbuch den Polizeibeamten vorzulegen.

Fremde, die sich länger als 8 Tage in einem Gasthause oder einer Privatwohnung gegen Entgelt aufhalten, unterliegen der polizeilichen An- und Abmeldepflicht bei der Ortsbehörde.

Besuchsfremde, die sich ohne Entgelt in Privatwohnungen aufhalten, unterliegen der An- und Abmeldepflicht bei der Ortsbehörde, wenn ihr Aufenthalt länger als 14 Tage dauert. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Meldeordnung werden strafrechtlich verfolgt.

Großenhain, am 6. Juni 1923. 371 E. I. Amtshauptmannschaft.

Vertikales und Sächsisches.

Rieser, den 8. Juni 1923.

Kurzarbeiterkrankenversicherung. Es macht sich erforderlich, darauf hinzuweisen, daß durch das Gesetz über die Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen für Kurzarbeiter auf die Erwerbslosenfürsorge nicht die Reichsversicherungsordnung geändert worden ist. Die Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen kann sich sonach nur auf die aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterhaltenen Kurzarbeiter erstrecken.

Kirchliches. Nächsten Sonntag findet in Rieser durch Herrn Superintendent Scherffig Kirchenvisitation statt. Der Herr Pfarrer wird folgenden Gottesdiensten beimohnen: 9 Uhr Predigtgottesdienst in der Trinitatiskirche, 11 Uhr Abendgottesdienst ebenda, 3 Uhr Jugendgottesdienst in der Klosterkirche, an dem die jüngeren Konfirmanden aller drei Kirchlichen teilnehmen sollen. Abends 8 Uhr soll dann ein Gemeindegottesdienst in der Klosterkirche abgehalten werden, in dem allerlei kirchliche Fragen besprochen werden sollen.

Fahrrad-Diebstahl. Gestohlen wurde am 8. d. M. nachmittags gegen 8 Uhr aus dem Hausgrundstück, hier, Westendstraße 3, ein Herrenfahrrad Marke: „Agir“, Nr. 170 065, schwarzer Rahmenbau, gelbe Felgen, vernickelte, nach oben gebogene Lenkstange, Torpedofreilauf, rote Gummiabdeckung, Vorder- und Hinterräder, Vorder- und Hinterräder, in der rechten Seite der Vordergabel. Wert 350 000 Mark. Sachdienliche Bahnrückmeldungen erbittet die hiesige Polizei.

Trennung der Kirche vom Staat in Preußen abgelehnt. Im preussischen Landtag wurde ein sozialdemokratischer Antrag, unverzüglich die Trennung von Kirche und Staat vorzunehmen, mit 165 gegen 131 Stimmen abgelehnt.

Neue Höchstpreise für Milch und Milch-erzeugnisse. Die Sächsische Staatszeitung veröffentlicht in ihrer Nr. 129 die neuen Höchstpreise: Wie bisher, bleibt Sachsen in zwei Zonen eingeteilt. Jedoch erhält die zweite Zone (Gebirgszone) einen Zuschlag zu den Preisen der ersten Zone gebörsenden Landes. Die Milchhöchstpreise für den Erzeuger betragen ab Stall für das Liter Vollmilch in der ersten Zone 580 Mark, in der zweiten 620 Mark, Magermilch 290 Mark und 310 Mark. Für den Milchverkauf durch die Molkereien und Milchhändler haben die Kommunal- oder Gemeindebehörden sofort Höchstpreise unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festzusetzen. Für Butter dürfen die Erzeugerhöchstpreise zur Lieferung an Wiederverkäufer ab Geböt für das Pfund in der ersten Zone 9700 Mark, in der zweiten 7150 Mark, für Speisequart 730 und 780 Mark nicht übersteigen, für Butter aus gewerblichen Molkereien betragen sie höchstens 7890 und 8970 Mark, für Speisequart 870 und 990 Mark.

Der Schulstreik der oberlausitzer Katholiken. Der Schulstreik in der sächsischen Oberlausitz seitens der Katholiken dauert an. Die Elternschaft klärt sich bei ihrem Streik auf die Stellung der Reichsregierung zur Frage der Gebietsveränderung. Reichsminister Döber hat erklärt, daß diese Verordnung keine Anwendung finden darf, wenn alle Kinder einer Klasse oder Schule demselben Bekenntnis angehören und vom Religionsunterricht befreite Kinder nicht vorhanden sind. Das Kultusministerium aber hat, so wird gemeldet, bis heute keine Veranlassung genommen, sich dem Standpunkt der Reichsregierung anzupassen. Auch die Verhandlungen, die seitens der katholischen Schulorganisations in dieser Frage mit dem Kultusministerium geführt worden sind, sind ergebnislos verlaufen. Der Kultusminister hat den Vorschlag, daß an dem Zustand, wie er bis zum 24. Mai in der Praxis in der Praxis bestand, nichts geändert werden solle, bis eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt ist, abgelehnt. Die Katholiken empfinden diese Ablehnung einer ganz selbstverständlichen Forderung als eine Verletzung ihrer religiösen Gefühle. Die katholische „Sächsische Volkszeitung“ schreibt: „Der Kultusminister ist wiederholt auf die Folgen dieser Ablehnung hingewiesen worden. Er aber drohte strengere und schärfere Strafen an den Lehrern, die nach wie vor mit den Kindern beten würden, er drohte dieselben Strafen an den Eltern, wenn sie zum Abwehrrittel, dem Schulstreik, greifen würden. Strafanordnungen! Als ob das ein Mittel wäre, die katholischen Eltern vom Kampfe um ihre religiösen Güter abzuhalten! Herr Kultusminister, auf diese Weise werden Sie Ihr Ziel nicht erreichen! Geben Sie den Weg der Verhandlung! Geben Sie ihn, bevor die Bewegung weitere Weilen geschlagen hat!“

Das 500-Mark-Stück gelangt zur Ausgabe. Auf der Reichsbank ist mit der Ausgabe einer ersten Lieferung der auf 180 Millionen Stück bemessenen 500-Mark-Stücke begonnen worden. Die Münzen, die nicht ganz so groß wie die Verfassungs-Gedenkgeldstücke und etwas schwerer als sie sind, werden in Rollen zu

100 Stück, vereinzelt auch in Porten im Gesamtwert von 5 Millionen Mark, ausgegeben und sehr gern angenommen. Im Vergleich zu den früheren Reichsmünzen kommt das Aluminium-500-Mark-Stück etwa dem silbernen Zwei-Mark-Stück gleich. Weitere Ausgaben dürften in Zwischenräumen von zwei bis drei Tagen folgen, bis die 90 Milliarden Nennwert voll sind. Auf Ausgabe der Fünftausendtausend-Mark-Scheine ist etwa Ende Juni zu rechnen.

Sparschnecke. Nach einer Regierungsverordnung sollen die in den sächsischen Staatskassen noch vorhandenen Sparschnecken nicht ausgegeben, sondern unter Vermeidung besonderer Aufwands am Ort nach Metallwert veräußert werden. Hierbei ist ein Mindestsatz von 7 Mark für das Einpfennig- und 12 Mark für das Zweipfennigstück zugrunde zu legen.

Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. In Dresden fand unter außerordentlich starker Beteiligung der Vertreter deutscher Stadtverwaltungen und anderer Kommunalverbände, sowie der Vertreter der ausländischen Städte die 8. Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. statt, geleitet vom Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Kuelen-Riel. Vertreten waren u. a. die Niederlande, Finnland, Estland, Norwegen, Österreich und die deutschen Selbstverwaltungsorgane der Tschechoslowakei. Die drei Hauptberichte über Währungsentwicklung und Gemeindefinanzen wurden erstattet: für Deutschland von Stadtrat Weitzner-Bien und für die deutschen Gemeinden der Tschechoslowakei von Dr. Seifert-Teplitz. Der außerordentliche Meinungsaustausch, an dem sich insbesondere die deutschen und österreichischen Bürgermeister beteiligten, zeigte die Notwendigkeit der Brüderung der durch die Vorträge angeschnittenen Fragen. Generalsekretär Erwin Stein berichtete über die mit 70 ausländischen Bürgermeistern loeben durchgeführte Studienreise. Infolge der weitgehenden Unterstützung der Studienreise durch die Gemeindeverwaltungen und die Industrie konnte ein überaus erfruchtlicher Verlauf festgesetzt werden.

Vernehmlichungsfeier in der ehemaligen Königsfamilie. Am 16. Juni findet die Vernehmlichungsfeier des Prinzen Friedrich Christian mit der Prinzessin von Thurn und Taxis in Regensburg statt.

Die Kosten der Kriegsfürsorge in Sachsen. Im Haushaltsauschuss des Landtages wurde regierungsfreig mitgeteilt, daß die Kosten der Kriegsfürsorge, die vom Reich bestritten werden, im vergangenen Jahre für Sachsen 6 1/2 Milliarden Mark betragen haben. Für 1923 sind sie nach dem augenblicklichen Geldwerte auf etwa 45 Milliarden Mark veranschlagt.

Vertrag für Berufsschullehrer Mittelsachsens. In ähnlicher Weise wie in Zwickau ist in der Zeit vom 24. Juni 1922 bis zum 12. Mai 1923 auch in Chemnitz vom Unterrichtsministerium der Vertrag für Berufsschullehrer veranlaßt worden, der vom Bezirksschulrat Dr. Weidemüller-Chemnitz geleitet wurde und von 114 Teilnehmern besucht war. Als Vortragende waren Hochschulpromotoren, akademisch gebildete Vertreter wichtiger Spezialgebiete, im Berufsständigen besonders erfahrene Pädagogen und darin benachteiligte Vertreter und Vertreterinnen einzelner Berufe gewonnen worden.

Der Sächsische Schmiedeverbandsbezirksverband hielt am 2. und 3. Juni in Zwickau seinen diesjährigen Verbandstag ab. Der 2. Juni war der Erledigung rein geschäftlicher Fragen gewidmet. Am 3. Juni fand die Eröffnung der ordentlichen Hauptversammlung des sächsischen Schmiedeverbandsverbandes statt. Der Vorsitzende Obermeister Kloppe berichtete über die Arbeit des Verbandes im Berichtsjahr 1922. Im Verlauf der Sitzung wurden Beschlüsse gefaßt, die von weittragender Bedeutung für das Schmiedegewerbe in Sachsen sind. Anstelle des sächsischen Schmiedeverbandsverbandes wurde der Landesverband des sächsischen Schmiedegewerbes gegründet. Zum Vorsitzenden des neuen Landesverbandes wurde Obermeister Kloppe gewählt.

Zum Verbot der Denkmalsweiche in Werda. Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Bauer hat mit Unterstützung seiner Fraktion folgende Anfrage im Landtage eingebracht: „Nach Zeitungsmeldungen hat die Regierung auf Veranlassung auswärtiger Kommunisten die Weiche des Denkmals zu Ehren der gefallenen „100er“ in Werda verboten, obwohl durch Abkommen zwischen allen Kreisen der Werdaer Bevölkerung die Gewähr für einen ruhigen Verlauf der Gedenkfeste gegeben war. Das Verbot mußte von den alten Soldaten umso mehr als heftigste bittere Kränkung empfunden werden, als zur gleichen Zeit den Arbeitervorkämpfern demonstrative Umzüge gestattet waren. Wie fragen die Regierung: Aus welchem Grunde und mit welchem Recht hat die sächsische Regierung die Werdaer Weiche verboten?“

Die Bauaktivität im April 1923. Das anfallende Sinken der Kaufkraft unserer Mark, die damit zusammenhängende Kreditnot und die Preissteigerungen der Baumaterialien lassen eine kräftige Bauaktivität nicht aufkommen. Im April wurden in Sachsen 64 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt (im gleichen Zeitraum des Vorjahres 172). Diese 64 Neubauten, von denen 54 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 168 Wohnungen enthalten. Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 109 Neubauten mit 348 Wohnungen. Hierzu unter befinden sich 59 Wohnhäuser mit nur einer Wohnung, also Einfamilienhäuser. Durch Umbauten wurden 118 Wohnungen gewonnen. An Gebäudeabgängen war im März 1 Wohnhaus mit einer Wohnung zu verzeichnen, wobei der Berichtsmonat insgesamt einen Zuwachs von 460 (Vormonat 327) erbrachte, davon entfielen auf die Großstädte: Chemnitz 72, Dresden 40, Leipzig 140 und Plauen 5 Wohnungen.

Saatenstand in Sachsen. Der Saatenstand in Sachsen zu Anfang Juni ist nach Mitteilungen des Statistischen Landesamtes durchweg als etwas über mittel liegend zu bezeichnen. In einigen Bezirken haben sich die Früchte nach der frühen und wässrigen Bitterung recht befriedigend entwickelt, während sie in anderen Bezirken in der Entwicklung zurückgeblieben sind. Die nachste Bitterung hat außerdem das Unkraut sehr überhand nehmen lassen. Die Tragfrüchte der Wintergerste haben bei dem langsamen Aufgang der Sommerfrucht darin großen Schaden erlitten. Außerdem sind in diesem Jahre die Weizen in vielen Lössanlagen zur großen Plage geworden. Die Kartoffeln gehen bei der Kälte recht langsam auf. Die Runkelrüben mußten vielfach doppelt bepflanzt werden, weil der vorjährige Samen nicht taugte. Acker und Wiesen kam die nachste Bitterung am meisten zu fatten; allerdings sind auch hier und da einzelne Schläge mit Kleckrebs befallen. Mit der Grünfütterung ist begonnen worden, nur mangelt es in vielen Wirtschaften an Stroh, um das Futter besser ausnützen zu können. Zur Weiterentwicklung aller Feldfrüchte wäre nun Sonnenschein und Wärme sehr erwünscht.

Arbeitsmarktbericht vom 27. Mai bis 2. Juni. Die Gesamtbeschäftigung hat in dieser Berichtswoche eine wenn auch nur leichte Besserung erfahren und die Zahl der Kurzarbeiter und der Erwerbslosen hat sich etwas verringert. Jüngere gelernte Arbeiter beiderlei Geschlechts wurden auch weiterhin — leider ohne Erfolg — von der Landwirtschaft angefordert, auch das Ackerfruchtgewerbe in Leipzig konnte die vorhandenen offenen Stellen nicht vollständig besetzen, und im Bergbau zeigte zwar der Stollberger Bergbau einige Aufnahmefähigkeit, doch fehlt es dort an Unterkunftsbedingungen. Nachgelassen hat die Vermittlungsaktivität in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und infolge der ungenügenden Bitterung auch im Gattwirtschaftsgewerbe. Ungünstig blieb im allgemeinen die Arbeitsmarktlage im Bekleidungs- und Baugewerbe und im besonderen Maße für die kaufmännischen Berufe, in welchen nach wie vor nur wenige offene Stellen für jüngere Arbeitskräfte gemeldet wurden.

Glaubig. Bei dem Fahnenturnier am 3. Juni in Großenhain erhielt Herr Gutsbehrer Oskar Schäfer der Gespannprüfung Warmblut, sächsische Rucht, der 1. Richterpreis und auf eine Oldenburger Stute die Diplom-Anerkennung; Herr Gutsbehrer Hermann Jankes erhielt auf den Einpänner den 2. Preis.

Meilen. Welchen Umfang der Besuch von Schülern in Meilen angenommen hat, geht daraus hervor, daß kürzlich an einem Tage nicht weniger als 85 Schulen hier weilten.

Bilinig. Bei einem Eschdorfer Gutsbesitzer wurde ein Schwein geboren, das zwei völlig ausgebildete Hinterbeine mit je zwei Beinen, außerdem auf dem Rücken des sonst normalen Vorderkörpers noch zwei Beine, zusammen also acht Beine hatte. Das Monstrum starb bald nach der Geburt und wurde in Spiritus aufbewahrt.

Schanda. Der Stadt Böhmisch-Leipa steht der Besuch von etwa 30 bis 40 französischen und tschechoslowakischen Generalstabsoffizieren bevor, die in dortigen Hotels bereits Wohnungen belegt haben. Der Wunsch, die Hotels zu besetzen, wurde abgelehnt. Der Zweck des Aufenthaltes der Offiziere ist nicht bekannt.

Bitkau. In der letzten Sitzung der ev.-luth. Kirchengemeindevertreter haben sich die Mitglieder der kirchlich-fortschrittlichen Gruppe wegen Verleibung ihres Führers, des Oberlehrers Flug, veranlaßt gesehen, bis auf weiteres in Kirchengemeindevertretung und Kirchenvorstand die Arbeit niederzulegen.

Mittweida. Im Alt-Mittweida erklärte die Arbeiter- und Beamtenchaft ihre Bereitwilligkeit zur Aufbringung von 6 Millionen Mark für Wohnungsbauten durch Vergabe eines Vierhundertlohn. Der Gewerbetreibend garantierte 2 Millionen und die Industrie 6-8 Millionen Mark zu dem gleichen Zweck. Der Bezirksverband stellte 25 Millionen Mark bereit.

Wiederum am Sonntag beginnt hier das große Festspiel des Leipziger Hauptvereins der Kultur-Vereine.

Langenfeld. Dem königlichen Wutterhaus ist durch einen Wobstler, der nicht genannt sein will, ein wunderbares Festspiel in der Hofkapelle Schmelz gefeiert worden. Das Wutterhaus hat es zu einem Kinderheim für tuberkulöse Kinder ausgebaut. Es können 80 Kinder Aufnahme finden. Der Unterhalt des Heims wird von Schweizerischen und amerikanischen Freunden, welche Gattentische für das Heim übernommen haben, gedeckt. Die erste Sendung traf bereits in Gestalt von drei hundert Schmelz und 200 Dollar ein. Die Leitung des Heims liegt in den Händen eines Pächters, einer Kinderärztin und einer staatlich geprüften Wutterhauswacker.

Wurzen. Beim Förster Denzel in Falkenberg waren von einer Dünne 4 Gänse ausgebrütet worden. In einem unbewachten Augenblick sollte der Dackel des Bauers die kleinen Gänse aus ihrem Korbe in seinen Pfoten unter dem Ofen. Seitdem bewacht der Dackel die kleinen Gänse wie eine richtige Gänsemutter.

Leipzig. In Bennersdorf bei Leipzig sind in der Nacht zum 4. Juni zwei lakonische braune Pferde — Waacke — 11 und etwa 8 Jahre alt, das eine hinten links wirt gefesselt und das andere mit welchem Stern versehen, beide kopiert, im Werte von 80 Millionen W. gestohlen worden.

Die deutsche Note in Paris.

(Siehe auch in der Beilage.)

Paris. Die deutsche Note ist gestern 6 Uhr nachmittags im französischen Ministerium des Aeußern überreicht worden. Kurze Zeit darauf wurden die französischen Botschafter im Quai d'Orsay empfangen, denen der Inhalt der Note mitgeteilt und erklärt wurde, man sei am Quai d'Orsay der Ansicht, daß die deutsche Note den Engländern keine Basis zu einer Aufnahme von Verhandlungen bieten werde. Poincaré sagte: „In der Note ist nichts von einer Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiete erwähnt; das ist jedoch der Punkt, über den wir Auskunft haben wollten, und wenn wir Deutschland antworten, so werden wir mit der Frage antworten: „Wollt ihr den passiven Widerstand aufgeben oder nicht?“ Im ersten Falle könnten wir zu Verhandlungen kommen, im zweiten Falle könnte eine gemeinsame Note der Alliierten nur darin bestehen, daß Verhandlungen abgelehnt werden.“ Im übrigen erklärte Poincaré, daß mit dem gefälligen Brüsseler Communiqué bereits im Voraus eine Antwort auf die deutsche Note gegeben worden sei.

Die Note auch der Reparationskommission überreicht.
Paris. Die Reparationskommission teilt mit, daß die neue deutsche Note, die gestern im Quai d'Orsay überreicht wurde, gleichzeitig von einem Vertreter der Kriegslahenkommission in einer Abschrift der Reparationskommission eingereicht worden ist.

„Die deutsche Note — ein Propagandamittel.“

Paris. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“, eine renommee französische politische Zeitung, schreibt: Aus der deutschen Note geht klar hervor, daß ihr der Gedanke zu Grunde liegt, mehr als Propagandamittel als denn als Grundlage für eine Einigung verwendet zu werden. Die Note sei ein neuer Schritt in dem Bestreben, Frankreich von England zu trennen. Die Voraussetzung für ein erfolgreiches Uebereinkommen mit Deutschland sei die, daß Deutschland, dem Vorbilde Englands folgend, eine Steuer von jedem Hund und Katze pro Kopf erhebe, wie es im Verfallener Verträge verhandelt sei. Eine solche Steuer wäre ein Zeichen des guten Willens, der bei den Verbündeten Eindruck machen würde.

Der erste Eindruck in London.

London. Nach dem in politischen und Finanzkreisen auf Grund des von der „Morningpost“ veröffentlichten Ausdrucks der neuen deutschen Reparationsnote entstandenen Optimismus wurde der gestern abend vorliegende genaue Text der deutschen Note als unerwartet und als eine klare Ueberrumpfung empfunden. — Vorkämpfer Dr. Stöcker überreichte die Note gestern nachmittag Lord Curzon im Foreign Office und wiederholte dabei wörtlich die der Note in Berlin beigegebene Einleitung, nach der die deutsche Regierung, um Gegenstände unter den Alliierten zu vermeiden, sich lediglich auf solche Punkte beschränken wolle, die ihnen als Antwort auf das letzte deutsche Angebot gemein seien.

Mussolini erwartet heftige Verhandlungen.

Rom. Zwecks Uebergabe der deutschen Note begab sich der deutsche Botschafter Freiherr Dr. von Neurath gestern nachmittag in den Palazzo Chigi und wurde zunächst vom Generalsekretär Contarini empfangen, alsdann vom Ministerpräsidenten Mussolini selbst und überreichte

ihm die Note mit der italienischen Uebersetzung. Daran knüpfte sich eine kurze Unterredung, über deren Inhalt verlautet, daß Mussolini die Hoffnung ausdrückte, die Note werde den Grund zu einer heftigen Verhandlung legen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 8. Juni 1923.

Wähler Versammlung des Staatspräsidentenbesatzes.
Berlin. Wie der „Vorwärts“ von ausländischer Seite erfährt, treten am Sonnabend die Epochenorganisationen zusammen, um zu einer neuen Wahl- und Lohnregelung für Reichs- und Staatsbedienstete Stellung zu nehmen, die bisher stets sehr spät in den Genuß der bereits festgesetzten Beträge kamen.

Die Schaffung einer bayerischen Staatspräsidentenstelle.
München. Die Vorlage über die Schaffung einer Staatspräsidentenstelle ist, wie die W. A. W. melden, im Ministerrat noch nicht erledigt. Es werden vorher noch Beratungen mit den Führern der Koalitionsparteien geführt. Die Vorlage wird daher frühestens in der zweiten Junihälfte an den Landtag gelangen.

Truppenparade in Offen.

Offen. General Betain hielt gestern morgen auf dem Hauptplatz eine Parade ab, an der Angehörige aller Waffengattungen und außerdem Land- und Wasserwagen teilnahmen. Der gesamte Straßenverkehr erlitt dadurch eine empfindliche Störung.

Günstiger Abschluß der Anleiheverhandlungen bevorstehend.

Wien. Der Generalkommissar des Völkerbundes Dr. Zimmermann, der gestern nach einwöchiger Abwesenheit aus London zurückkehrte, erklärte einem Vertreter der amtlichen Nachrichtenstelle, daß er in London mit dem Gouverneur der Bank von England, sowie mit seinem Partner des New Yorker Hauses, Morgan, Unterredungen hatte. Gleichzeitig stattierte er dem Außenminister Lord Curzon einen Besuch ab, welcher neuerlich das Interesse Englands an dem neuen Werke des Völkerbundes ausdrückte. Der nächste Abschluß der Anleiheverhandlungen sei für Anfang nächster Woche zu erwarten. Dr. Zimmermann erklärte dann, daß die amerikanischen Finanziers in der Anleihe eine mehr als gute Vermögensanlage sehen. Der internationale Charakter des Wertes und die Solidarität der Interessen, welche die europäischen Interessen bei diesem Werk des Wiederaufbaus vereinige, sowie die in Oesterreich trotz der natürlich unvorzweifellichen Schwierigkeiten erzielten Fortschritte, machten auf sie einen tiefen Eindruck. Die Teilnahme Amerikas an diesem ersten großen Werk des Wiederaufbaus sei ihm von außerordentlichem Wert.

Die Rheinbrücke in Ludwigshafen geöffnet.

Ludwigshafen. Nach einer dem Bürgermeisteramt zugegangenen Mitteilung sollte die Rheinbrücke gestern abend 8 Uhr geöffnet werden, jedoch während der Nacht von 10 bis 5 Uhr geschlossen bleiben. Ob die am 20. Mai in Kraft getretene Verordnung der Rheinlandkommission nun tatsächlich durchgeführt wird oder auch weiterhin der Durchlass ohne Bahngestaltung wird, entzieht sich der Kenntnis der deutschen Behörden.

Drei Entschiedenheiten auf der Brüsseler Konferenz.

Paris. Echo de Paris berichtet über den Verlauf der Brüsseler Konferenz, daß man die Schaffung einer neuen Währung vorerst nicht erörtern wolle, da dies direkt oder indirekt auf den französischen Franken einwirken könnte. Drei wesentliche Entscheidungen seien aber getroffen worden. Die erste betreffe die Kontrolle des Goldsystems. Die zweite betreffe sich auf die Eisenbahnlinien Düren—Euskirchen, die auf gemeinsame Kosten von Frankreich und Belgien mit einem doppelten Gleis versehen werden soll, damit die französische Verwaltung die Hubhöhe nach Frankreich schaffen könne, ohne den sehr kostspieligen Umweg über die englischen Eisenbahnen zu nehmen. Der dritte Punkt betreffe das Statut der Eisenbahnen der französisch-belgischen Regie. Diese Entscheidung laufe voraus, daß in nicht allzu langer Frist die Regie einer internationalen Gesellschaft Platz machen werde.

Vermischtes.

Ein erschossener Wilderer. Nach einer Meldung aus Berlin wurde im Drantenburger Forste vor einigen Tagen ein Mann ohne Ausweispaßpapiere erschossen aufgefunden. Wie Kriminalbeamte feststellten, handelt es sich um einen Eisenbahnarbeiter, der zusammen mit einem Schloffer gewildert hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde er von einem Förster angehalten. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Schloffer seinen Jagdgenossen ein Stück fortgeschleppt und dann durch einen Wadenschuß getötet hat.

Stimmen.

Nom. von Hans Schultze.

7. Fortsetzung.

Sechtes Kapitel.

Nacht Tage waren ins Land gegangen. Nacht Sommerlage, so blau und sonnendurchgläht wie ein eisiger voller Afford aussehenden Lebens. Ein Luft von Alee und Kyprien lag in der Luft, von reisenden Mehren und grünen Wiesen.

Es war ein gelegnetes Jahr und eine überreiche Ernte fand rings auf den Feldern. Alieben arbeitete während des Heu- und Aleechnitts mit dem Hingebot all seiner Kräfte.

Com ersten Laut der Morgenglocke bis zum Erlöschen der letzten Stallateme war er auf den Weinen und er sah oft noch halbe Nächte rechnend an seinem Schreibtisch, bis sich die langen, schwarzen Säulen vor seinen Augen vermishten.

Die Baronin sah er in dieser Zeit nur selten. Er war schon am dritten Tage nach seiner Ankunft in das Anwalterhaus übergesiedelt und nahm infolge der Arbeitsüberlastung der Erntemaschinen auch nur unregelmäßig an den gemeinsamen Mahlzeiten teil.

Er blieb in seinem Kustreien feid von der gleichen ruhigen Süßlichkeit und liebenswürdig-beherrschten Zurückhaltung, die sein ganzes Wesen kennzeichnete; der persönliche Verkehr mit der jungen Herrin behielt dieselbe freundlich-beräthliche Form, wie am ersten „Vahrschönung“, und doch lag es seitdem zwischen ihnen wie eine leise, geheime Spannung, die sie im Gespräch oft aneinander vorbeisahen und ein Aleeffeln unter vier Augen wie auf einen gemeinsam unausgesprochenen Wunsch nach Abklärung verweisen ließ.

Mit Della war Alieben während der ganzen Woche überhaupt nicht zusammengekommen. Sie hatte sich gleich am Montag auf Drängen der Baronin zu einer spezialärztlichen Untersuchung nach Berlin begeben und hätte seitdem zur Schonung ihres Organes für einige Zeit das Bett.

An jedem Morgen hielt der alte Kordwagen des Wartenberger Kreisarztes vor dem Schloß, und die Baronin verbrachte ganze Tage am Lager der Kranken, um durch persönliche Pflege und Sorgfalt das vermeintliche Uebel zu wegschaffen, das sie ihr in jeder Sonnabendnacht in Gedanken anzuhaften glaubte.

Dr. Kreisarzt hat vor einiger Zeit durch eine geübte

Erbschaft von jeder Berufsstätigkeit unabhängig geworden war und sich noch im Herbst an einer süddeutschen Universität als Privatdozent habilitieren wollte, arbeitete viel in der Schloßbibliothek; so kam es, daß sich der Zusammenhalt des kleinen Kreises allmählich ein wenig lockerte und vor allem die junge Baronin Delta mehr sich ganz allein überlassen sah. In einer intuitiven Abneigung hielt sie sich nach Möglichkeit von Della zurück und beschränkte sich auf die aller-nothwendigsten Anlaufbesuche, obwohl sich die Kranke mit dem Aufgebot all ihrer beschränkten Lebenswürdigkeiten deutlich genug bemühte, auch auf Delta Einfluß zu gewinnen. Um so enger schloß sie sich dafür an die geschätzte Trude Warkentin an und genoss mit ihr die ganze Umgebung des lässlichen Lebens.

Die Baronin hatte zu Beginn des Sommers an einem Buch des Sees ein kleines Badehäuschen errichten lassen, doch die jungen Mädchen kehrten sich wenig an die Grenzen der engen Badesabine.

Mit der Ungeniertheit junger Mollerträulins, die sich an dem einsamen See vollständig unbeobachtet wußten, lagen sie in ihren Badeanzügen oft ganze Vormittage in dem warmen Uferland oder schwammen weit in den See hinaus, daß ihre Badetappen sich kaum noch als schwache rote Tupfen auf dem blauen Silber des Wassers abzeichneten.

Dann wieder unternahmen sie in ihrem schmucken, kleinen Ruderboot geheimnisvolle Erkundungsfahrten nach dem „Inselmeer“, einer langgestreckten, niedrigen Land-erhebung, die sich wohl eine Viertelmeile weit als eine schiff- und rothbewachsene Untiefe mitten durch den See erstreckte und an ihren höchsten Punkten in messeren hintereinanderliegenden Inseln über den Wasserpiegel emporragte.

Vor allem die vorderste der Inseln, von ihnen die Robinsoninsel genannt, verzie ihren Entdeckertrieb. Ein beträchtlicher Waldstück, der lange Zeit der Schreden der ganzen Gegend gewesen war, hatte ein volles Jahr darauf gehaut, bis der wahllose Förster endlich durch einen glücklichen Zufall sein Versteck aufgedeckt hatte. Eine halberfallene Fischerhütte, in deren Dachraum das auf dem Inselmeer gewonnene Heu aufbewahrt wurde, hatte dem verwegenen Weissen als Schutzwinkel gedient und verdrängte einen geheimnißvollen Schimmer von Romantik um das verlassen Eiland.

Eines Morgens waren Delta und Trude schon in aller Frühe zum Baden gegangen.

Es war ein wunderbarer Tag in der ganzen Pracht eines sonnendurchglänzten Sommermorgens.

Er hat dann seine Wapere, das Gewehr und die anderen Sachen mitgenommen und sich nicht weiter um ihn gekümmert. Der Schloffer wurde ebenso wie die Frau des Eisenbahnarbeiters, die der Begünstigung verdächtig ist, verhaftet.

Schweres Explosionsunglück in Berlin.
Gestern nachmittag kurz nach 9 Uhr ereignete sich in der Gießereifabrik Felas, Verchstraße 11, ein folgenschweres Explosionsunglück. Durch die Gewalt der Explosion wurden in der Umgehung ungefähr 150 Fensterstücken zerstört. Bis jetzt sollen zwei Tote geboren und dreizehn Personen verletzt sein. Die Feuerwehre ist noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Der Betrieb ist gelähmt.

Opfer der „modernen Diät“. Gütigkeit und die unnatürlichen Forderungen der Mode sollen an dem Tode junger Mädchen Schuld sein, von denen der französische Arzt Dr. Vergand in einem Vortrag vor der Psychotherapeutischen Gesellschaft in Paris sprach. Er führte aus, daß viele Frauen schwer darunter leiden, daß sie sich gedanklos den Forderungen extravaganter Modediktator unterwerfen. Diese verlangen nämlich, daß eine elegante Frau „wie ein Brett“ sein muß, edig in allen Linien des Körpers und schlaf vorn und hinten. Die beiden unglücklichen Mädchen, die starben, sind buchstäblich verhungert, weil sie fast überhaupt nicht mehr essen, um schlau zu sein, und so die moderne Diät in ihrer Fäulnis zu erliegen. Vergand behauptet weiter, daß die Schlankeitsmode bei vielen Frauen schiefen, die von der Natur gerundete Figuren haben, einen sehr bedenklichen Zustand der Nahrungsernährung hervorgerufen hat, und daß die Frauen, die sich so auf Eitelkeit festsetzen, dann den Krankheitsdämonen sehr viel leichter zum Opfer fallen.

Das größte Luftschiff für den Nordpol. In den Vereinigten Staaten werden Vorbereitungen zu einem Nordpolflug getroffen, der von dem amerikanischen Luftschiff „J. A. I.“ nach im Laufe dieses Sommers ausgeführt werden soll. Das Luftschiff ist nach einem Doppelplan gebaut worden, der den Franzosen unerschrocken in die Hände gefallen war und dessen Pläne von ihnen an die Alliierten weitergegeben worden sind. Das Schiff ist 227 Meter lang und wird 80 bis 125 Kilometer in der Stunde zurücklegen können. Der gasgefüllte Raum ist in 62 Zellen eingeteilt. Anfang Juli sollen die Probefahrten beginnen. Wenn sie erfolgreich verlaufen, wird noch in diesem Sommer der gesamte Weg nach dem Nordpol unternommen werden.

Deutsche Armut, interalliierte Ausfugung.

Bekannt sind die Schwierigkeiten, die oberflächliche Beobachter des deutschen Lebens den Deutschen machen und die darauf hinauslaufen, daß die Deutschen in vollem Reichtum lebten. Zur Widerlegung dieser widersinnigen Behauptungen genügt eine Gegenüberstellung der Löhne und Gehälter, die Arbeiter, Angestellte, Beamte in Deutschland, der Schweiz und in Norwegen beziehen. Bei der Umrechnung auf Goldmark ergibt sich — für Oktober 1922 berechnet — folgendes Verhältnis: ein Volkshaffner in Deutschland erhält 112 Mark, in der Schweiz 234, in Norwegen 170 Mark in Gold, ein Oberfeldwebel in Deutschland 168 Mark, in der Schweiz 316 Mark, in Norwegen 232 Mark in Gold, ein Regierungsrat in Deutschland 230 Mark, in der Schweiz 418 Mark, in Norwegen 475 Mark in Gold monatlich. Man sieht, mit wie viel weniger Einkommen der Deutsche sein Leben führen muß!

Zum Vergleich ziehe man einmal die Gehälter heran, die die Interalliierten ihren in Deutschland lebenden Offizieren und Beamten — auf Kosten Deutschlands — glauben gönnen zu müssen. Außer ihrem vollen Heimatsgehalt und Versorgungszulagen erhalten die interalliierten „Gäste“ folgende Gehälter (für Oktober berechnet): ein Unteroffizier oder einfacher Soldat 187 700, ein Feldwebel oder Sergeant 227 250, ein Hauptmann und Leutnant 417 825, ein Major und Kapitän 442 825, ein Oberst usw. 401 825, ein General 688 275, ein vorstehender General 924 200. Es ergibt sich hieraus, daß der einfache Soldat der interalliierten Kommissionen mit rund 140 000 Mark im Oktober 1922 (wie auch heute) ein etwas höheres Gehalt bezieht als ein General oder Staatssekretär bei uns!

So sieht es in Wahrheit um die Verhältnisse in Deutschland und das Verhalten der Interalliierten aus!

Die Luft war feuchter, weich und lind mit Verchensjubel und weißen Sommerwolken. Der See dehnte sich wie ein flauer Traum, das Morgenrothlicht blühte auf den schimmernden Wellenflächen.

Wie ein roter Mantel zog sich ein breiter Felschlag umher des Ufers entlang und sandte eine Wolke süßen Duftes über das niedrige Uferland der einsamen Buche. Jetzt öffnete sich die innenbesitzene Tür des Badehäuschens und der dunkle Kopf Trudes ward sichtbar. Im nächsten Augenblick iraten die beiden jungen Mädchen in ihren weißen Bademanteln ins Freie und spazierten über den weichen Uferland, der sich feucht und warm um ihre Hüfte schmeigte.

Ein Flug von Wildgänsen bog sich vor ihnen aus dem hohen Rohr des Vorstrandes und ließ hellkreischend zum Inselmeer hinüber.

Dann wieder Stille. Trude warfen langsam ein Netz im See, langsam ründelten sich im Wasser weiße Kreise.

„Wer doch auch so fliegen könnte“, sagte Trude, den Bug der Gänse sehnsüchtig nachschauend, und redete die schlanken Arme, daß ihr die weizen Ärmel des Bademantels bis zu den zierlich modellierten Ellenbogen zurückglitten. „Ich hab' heut' solch eine Unerschwinglichkeit.“

„Kommst du mit?“ fragte sie, die Rette lösend. „Comst fahre ich allein.“

„Kommt immer abgernd Nies Delta erdlich nach und nahm am Steuer Platz.“

„Wenn uns jemand sieht —“

Sie hatte ihren Bademantel abgehoben und trieb das leichte Boot mit ein paar geschätzten Schlägen aus der Buche. Allein die energische Trude achte nicht weiter auf ihren Wiberstern.

Die Morgenlöhne rann weich in ihren schlanken, jungen Körper und die letzten, wunden Arme, die die Riemenschnallen so leicht und leicht führten.

Es war ganz still über dem See und der Kopf der Ruderer schloß die kleine Stille in gleichmäßigem Rhythmus. Alieben schwand aus Delta's Mund: „Alieben“

In Leipzig wieder Ruhe.

Polizeibericht über die Zusammenkünfte.

Der Polizeibericht über die Unruhen am Mittwoch hebt hervor, daß die Beamten mit einem Haufen Steinen, Glasstücken und anderen Gegenständen überschüttet wurden, in spontaner Weise ihr Vorgehen gegen die Demonstranten den Augustklub verfallen ließen. Unter den verschiedenen Anschlägen auf Personen, mit denen gegen die Polizei vorgegangen wurde, sind außer dem Glatz- und Gummihelm besonders hervorzuheben, ein schwarz gefärbtes Messer, eine Zigarre, feststehende Messer, ein Eisenwinkel mit Nadeln und zwei Eisenhaken (Reichungsfähigkeit für Turner). Besonders sei noch erwähnt, daß von den vielen Augenzeugen, welche die Entführung bis zum Gebrauch der Schusswaffe miterlebten, die Sache als unabweisbar bestätigt werden ist. Die Polizei hat 15 Verwundete, darunter einige Schwere. Ein Polizeibeamter wurde durch den Rücken in die Lunge gestochen und ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, in der die Unruhen zur Sprache kamen, wurde ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag angenommen, in dem der Rat ersucht wird, von der Reichsregierung eine den Verhältnissen entsprechende sofortige Verhinderung der seit dem 14. Mai gültigen Urteilslosen umkehrung zu fordern.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In hiesigen Krankenhäusern wurden 51 Verwundete und ein Toter eingeliefert. Von den Verwundeten sind 20 nach ambulanter Behandlung entlassen worden. Von den 31 zurückbleibenden Kranken im Laufe der Nacht drei. Unter den Gestorbenen befindet sich ein Polizeibeamter. Schwer verletzt sind etwa sechs bis sieben Personen. Unter den Verwundeten befinden sich auch zwei Angehörige des Ordnungsbundes. Die verwundeten Angehörigen der Polizei sind in dieser Zahl nicht mit eingerechnet.

Die Leipziger Unruhen im kommunikativen Blick.

Der kommunistische „Kämpfer“ berichtet über die Leipziger Unruhen vom Mittwoch unter der Überschrift: „Blasse Bohnen statt Brot“. Er macht den Leipziger Polizeipräsidenten, den Sozialdemokraten Meißner, für das geschehene Blut verantwortlich und schreibt u. a.: Die Kommunisten haben die Unruhen herbeigeführt. Die kommunistische Partei in Leipzig ist an den Polizeipräsidenten herantreten mit dem Ersuchen, über Maßnahmen zum Schutze der Arbeitlosen zu beraten und über die Durchführung der Polizei und Uebernahme des Sicherheitsdienstes durch den proletarischen und den kommunistischen Ordnungsdienst. Beides lehnte Herr Meißner ab. Er erklärte, für Ruhe und Ordnung werde die Polizei sorgen. Wir werden mit aller Energie unsere Pflicht erfüllen. Man sollte meinen, daß diese vernünftige Antwort die Zustimmung der Kommunisten finden müßte, wenn es ihnen wirklich um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und nicht um die Ausschaltung der Polizei und ihre Erziehung durch den „kommunistischen Ordnungsdienst“ zu tun wäre. Sie verlangen nun von der Regierung, „ihre proletarische Pflicht“ zu tun. Wenn aus der Menge wirklich geschossen worden sei, so könne es sich nur um Schüsse von Provokateuren handeln. Der Bourgeoisie und ihren Provokateuren dürfe es nicht gelingen, die rebellierende Arbeiterkraft im Blut zu erstickern.

Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den neuen kommunistischen Forderungen und sagt u. a.: „Wenn schließlich geltend wird, daß provokatorische Polizeioffiziere und Beamte entlassen werden, so muß doch angegeben werden, wo überhaupt säkularisierte Polizeibeamte und Offiziere sich provokatorisch benommen haben. Mit was für Leuten wir es bei den Unruhen vielfach zu tun haben, zeigen die Vorgänge in Leipzig, wo Angehörige des proletarischen Selbstschutzes mißhandelt wurden. Die Kommunisten dürfen nicht aus Mitleidensbedürfnis Forderungen stellen, die die Regierung auch beim besten Willen nicht erfüllen kann.“

Die Gewalt Herrschaft im Ruhrgebiet.

Arbeitszwang unter dem Druck der Saloonette.

Die Sache Graf Widward scheint nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Mindestens fünfmal bereits war die Belegschaft gezwungen, zur Abwehr französischer Angriffe in den Streik zu treten. Gestern erschienen wieder einige Belgier, die im Osten Bismarck mit der Instandsetzung der Kohlenverlademaschinen beschäftigt sind, mit einigen Offizieren in der Schloßerei der Sache, umgeben mit dem nötigen militärischen Schutz und verlangten die Herrschaft dieser Stille. Die Schloßerei weigerte sich, die Arbeit zu verrichten, wurden jedoch unter Vorhalten von außerordentlichen Zeugnissen zu der Arbeit gezwungen. Während dieser Arbeit erschien ein Mitglied des Betriebsrates, auf seine erklaute Frage, was vorgebe, wurde er gefragt, ob er auch etwas zu sagen habe. Er wurde dann bedroht und er erklärte das Vorgehen als einen Eingriff in den Betrieb. Aus diesem Anlaß trat die Belegschaft auf Neue in einen Streik ein, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Zwanzig Milliarden Kohlensteuer!

Am Montag befiel eine Abteilung von einhundert Franzosen, die von Dies an der Bahn kamen, die Krupp'schen Hüttenanlagen bei Henrich sowie die Krupp-Hütten bei Mülhausen. Gleichzeitig trat aus Koblenz ein Vertreter der Rheinlandskommission ein, der erklärte, die Hütten seien zur Entschädigung von zwanzig Milliarden Mark Kohlensteuer befehligt worden, die die Firma Krupp in Essen nicht gezahlt habe. Sollte die Bezahlung nicht erfolgen, so werde die Hütte verstaatlicht werden.

Gestern ließ sich eine Abteilung Franzosen auf den Werken des Eisenwerkens Bergwerk A. G. und verlangte die Bezahlung der Kohlensteuer. Es wurde ihnen nach einer Weile die Weltindustrie erklärt, daß für die Bezahlung der Kohlensteuer die kohlenverarbeitende Industrie nicht in Betracht käme. Die Franzosen lösterten später die Eisenbahn, wodurch die Werke vom Rhein-Ruhr-Kanal abgeschnitten wurden. Bei der Belegung der Werke „Unter Drie“ hatte man es nach demselben Blatte hauptsächlich auf die dort stehenden Wundentöper abgesehen, diese wurden auch im Laufe des Tages abgefahren. Die Belegschaft trat sofort in einen 48 stündigen Streik. Nachmittags gegen 6 Uhr zog der Haupttrupp der Soldaten wieder ab.

Wie die Franzosen deutsche Millionen rauben.

Am 1. Juni wurden von den Franzosen aus dem Reichsbankenschatz in Metzmann 77.000.000 Mark entwendet. Der Vorgang spielte sich in folgender Weise ab: Es erschienen französische Gendarmen mit einem Helioliten, der gedrohen Deutsch sprach, und erklärten, daß sie beauftragt seien, die der Stadt Metzmann entzogenen, aber bisher nicht bezahlte Gelder, 1475 Mark, einzuziehen. In der Tagesbahn fanden sie nur wenige 100 Mark. Darauf forderten sie in der ausdrücklichen Form eines Beschlusses den Bankenschatz auf, den Rest zu öffnen. Der Bankenschatz weigerte sich und erklärte, daß es ihm unmöglich sei, den Befehl auszuführen. Demnach wurde ihm von den Franzosen mit der Bemerkung, daß sie auch Gewalt nicht scheuten, den Rest zu öffnen, und die Kassen in

Hentiger Dollarkurs (amtlich): 78808 Mark.

welchen sich die Schlüssel befanden, wurden untersucht. Der Rest wurde sofort mit Hilfe der Schlüssel von den Franzosen selbst geöffnet. Es befanden sich darin keine großen Schätze mehr, jedoch in großen Säcken Schätze von 1000 Mark, 500 Mark und 100 Mark weggeschleppt wurden, die infolge der Volk- und Eisenbahnverweigerung nicht abgeholt werden können. Inzwischen waren etwa noch 10 Offiziere hinzugekommen. Das Haus war während der Überführung von Franzosen umringelt.

Die Ausweisungen werden fortgesetzt.

In Ludwigshafen wurden neuerdings 47 Eisenbahner mit ihren Familien, darunter 115 Kinder, von den Franzosen ausgewiesen.

Frankösischer Verleumdung des Rindes mordet.

Aus dem Rheinlande wird berichtet: Besänlich der Ermordung des hiesigen Schülers Hans Gerdelich durch einen französischen Soldaten wird von französischer Seite eine Verleumdung geübt, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Hiernach soll der Soldat auf Kosten gestanden und das Kind auf verbotenerm Gebiet sich aufgehalten haben und auf diesem abgepörrten Raum von dem Soldaten erschossen worden sein. — Demgegenüber ist festzustellen, daß der Soldat nicht Kosten stand, sondern, nachdem er sich von dem Rinde geneigt glaubte, das Gemehr von der Wand nahm, damit hantierte und dann (sobald) die französische Parteilinie in der öffentlichen Meinung der Eindruck hervorgerufen werden, als ob der Soldat geäußert habe, ein Recht zum Waffengebrauch zu haben. Diese Möglichkeit wird aber durch die Zeugenaussagen der beteiligten Kinder und der sonstigen bei der Mordtat anwesenden Augenwiderlegt. — Der stellvertretende Regierungspräsident hat dem Vater des Schülers Hans Gerdelich ein warmempfundenes Beileidschreiben übersandt und gleichzeitig die Summe von 500.000 Mark für die Beerdigungskosten überwiesen.

Aus Lausanne.

Der Pariser Direktor der Ottomanischen Bank Bollster hielt sich am Mittwoch in Lausanne auf, wo er eine längere Unterredung mit dem türkischen Delegierten für Finanzfragen Hasan Bey hatte. Gerüchthweise verlautet darüber, daß der Plan einer neuen türkischen Anleihe erzwungen wurde, die den Türken die Zahlung der früheren Coupons in Gold ermöglichen soll. Außerdem fand abends eine Unterredung zwischen dem Amerikaner Grey und Ismet Pascha über das Gesteuer-Abkommen statt.

Die englisch-russische Frage.

Der Unterstaatssekretär des Neuherren McNeill erklärte im Unterhaus, bei den gegenwärtigen Verhandlungen mit Rußland sei nur von den politischen Entscheidungen zu reden. Erfordernisse für Eigentumsverhältnisse in den Bereich der gegenwärtigen Verhandlungen hineinzuweisen, würde nicht zweckmäßig sein. Diese Frage müßte einer besonderen Erörterung vorbehalten bleiben.

Die Unternehmung der Marktentwertung.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses des Reichstages zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes stellte zunächst Abg. Dauch (D. V.) verschiedene Fragen. So erkundigt er sich danach, ob nicht, da die Reichsbank an die Wirtschaft mehr verdrängt sei als diese an die Reichsbank, die Geldentwertung schließlich in der Drivalität der Erscheinungen von der Wirtschaft und nicht von der Reichsbank getragen werde.

Reichsbankpräsident Hagenstein erwiderte, die Gesamtsumme der fremden Gelder lasse sich aus einer Menge von Einzelposten zusammen. Der einzelne könne seinerseits wohl Währungsvorteile auf dem Rücken der Reichsbank durch Entnahme von Kredit erlangen, andererseits stehen aber viele ihren Kredit auch länger fest, wodurch die Summe der Gewinne geringer werde. Jedenfalls könne man aber nicht absolut die These aufstellen, daß im Durchschnitt die Wirtschaft den Schaden der Geldentwertung trage. Die statistische Abteilung der Reichsbank veruche jetzt festzustellen, wie hoch die Summe der Kreditwechsel und wie hoch die der Inflationwechsel ist. Wenn die Feststellung gelinge, werde sie dem Ausschuss vorgelegt werden. — Auf eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Herz (So.) über die Art der Kredite erwidert der Reichsbankpräsident, daß alle Kredite tägliches Geld darstellen. Für die Reichsbank bedeutet die Gesamtsumme aber etwas Kleines. Deshalb müßte die Reichsbank für die Gesamtsumme der Wechsel Denkmittel beschaffen.

Geheimrat Friedrich von der Reichsbank hält es für unzulässig, daß auch der Verkehr in der inneren Wirtschaft auf der Basis fremder Zahlungsmittel sich vollziehe. Von anderen Sachverständigen wird mit Bedauern festgestellt, daß immer weitere Wirtschaftskreise in Deutschland ihre Kalkulation in fremder Valuta aufstellen, wenn sie auch die Mark als Zahlungsmittel benutzen. Es scheint kein Mittel mehr zu geben, um der Inflation und dem Handel das Denken in fremder Valuta abzugewöhnen.

In der weiteren Debatte wird ausführlich über die Goldknoten gesprochen. Pantier Joeb führt aus: Die Einführung von Goldknoten würde viele Vorteile bieten. Auf der einen Seite bräuchte man nur wertlose, ständiger Anlage keine Devisen und auf der anderen Seite würde der Kreis derjenigen Leute verringert, die wesentlich oder nicht an einer Marktentwertung interessiert sind. Es werden sich aber nicht überall Leute finden, die zur Erziehung von Goldknoten bereit sind. Man kann wohl schnell die Löhne und Preise der Valuta gemäß erhöhen. Es aber sehr schwer bei einem Sinken der Valuta erniedrigen. Ein allzu schnelles Rechnen in Gold bedeutet einen Verzicht auf die Wahrung und das wäre wenigstens jetzt ein außerordentlich gefährliches Experiment.

Reichsbankpräsident Hagenstein stimmt dem Vordränger im allgemeinen zu. Die Goldrechnung ist überall auf dem Marsch, sie wird hervorgerufen durch unsere unglücklichen Währungsverhältnisse. Dieser allmählichen wirtschaftlichen Entwicklung können wir nicht ausweichen, und wir werden daraus unsere Schlüsse ziehen. Es wäre aber nicht richtig, diese Entwicklung künstlich vom Reiche aus zu fördern. Wir haben kein Interesse daran, die Währungsdrückung zu beseitigen. Die Rechnung in Goldmark ist ja nicht eine Aufhebung des Risikos, sondern nur seine Verlagerung. Praktisch würde die Goldrechnung darüber führen, daß man alle Preise und Löhne mit dem Dollar erhöht, ohne die Möglichkeit, sie beim Sinken des Dollars wieder herabzusetzen zu können.

Nach weiterer Aussprache vertagt sich der Ausschuss.

Englisch-amerikanisches Schulabkommen und Londoner Ultimatum.

In diesen Tagen, in denen das deutsche Reparationsproblem wieder im Mittelpunkt des europäischen Interesses steht, ist es wertvoll, durch einen Vergleich mit dem englisch-amerikanischen Kriegsschuldenregelungen den wirtschaftlichen und politischen Ursprung der deutschen Reparationsverpflichtung etwas kennenzulernen.

Nach dem englisch-amerikanischen Schulabkommen von Anfang Februar 1923 ist die englische Schuld auf 4604 Millionen Dollar festgesetzt worden. Davon sind 4 Milliarden Dollar sofort gezahlt worden, so daß eine feste Kapitalsschuld von 604 Millionen Dollar oder rund 19,3 Milliarden Goldmark Gegenwert verbleibt. Die Raten betragen in den ersten 10 Jahren 3 v. H. in den nächsten Jahren 3 1/2 v. H. Die durchschnittliche Jahresbelastung Englands aus diesem Abkommen beläuft sich danach in den nächsten 10 Jahren auf 100 Millionen Dollar oder 670 Millionen Goldmark, in den folgenden auf rund 180 Millionen Dollar oder 750 Millionen Goldmark. Die gesamten Zahlungen Englands in 62 Jahren betragen demnach 46,6 Milliarden Goldmark. Nach der ursprünglichen Schuldenverpflichtung hätte England an Amerika jährlich ungefähr 1 Milliarde Goldmark zu zahlen gehabt. Es ist also dem reichen England ein erheblicher Schuldenerleichterung gewährt worden, weil es sich außerstande erklärte, die Hälfte von dem an Frankreich abzugeben, was dem verarmten Deutschland nach dem Londoner Ultimatum zugemutet wurde, obwohl die englische Volkswirtschaft nach wie vor erhebliche Leberleiden erarbeitet und eine aktive Zahlungsbilanz aufweist. Der Ueberfluß der englischen Zahlungsbilanz betrug 1913 3,6 und 1922 3 Milliarden Goldmark. Davon braucht England nur 1/4—1/2 (670 Millionen) zur Zahlung seiner Schulden an Amerika zu opfern.

Die deutsche Zahlungsbilanz wies 1913 einen Ueberfluß von 1 Milliarde Goldmark, dagegen seit 1921 ein Defizit von jährlich rund 3 Milliarden Goldmark auf. Trotzdem setzte der Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921, der Deutschland durch ein Ultimatum aufzwingen wurde, die deutsche Reparationschuld auf 132 Milliarden Goldmark fest. Für den Schuldendienst sollten jährlich 2 Milliarden Goldmark und außerdem 26 v. H. der deutschen Anleihe gezahlt werden, was nochmals mindestens 1 Milliarde Goldmark jährlich beträgt. Der Versuch, auch nur die ersten Zahlungen auf Grund dieses Ultimatum zu leisten, setzte sofort die Unmöglichkeit seiner Durchführung und hatte, trotz verschiedener Verhandlungsprovisorien, die vollständige Zerrüttung der deutschen Währung zur Folge.

Nur eine Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen, die sich nach dem Vorbild des englisch-amerikanischen Schuldenabkommens volkswirtschaftlich im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit hält, vermag das Reparationsproblem, das seit Jahren Europa in den Grundfesten erschüttert und es dem Ruin entgegen treibt, endgültig zu lösen.

Sport.

Rieser Sportverein. Sonntag: Die Liga ist am Sonntag einer Einladung des Mitteldeutschen Meisters 1922 Wacker-Halle und trägt dort ein Gesellschaftsspiel aus. Die Hallenler verfügen über eine äußerst spielstarke Mannschaft und sind unstreitig die besten Vertreter der Saalestadt. Der Mannschaft gehört eine Anzahl Repräsentanten an. Unser heimischer Vertreter wird sich tüchtig anstrengen müssen, um ein gutes Resultat zu erzielen; zu einem Siege wird es wohl kaum reichen. — Auf dem Schwarzen Platz hat um 4 Uhr die Kefere die 1. Elf von Wettin-Bursen zu Gast. Die Mannschaft ist ein ganz achtbarer Gegner. Es dürfte ein interessantes Spiel zu erwarten sein. — Die 4. Elf spielt 1/3 Uhr gegen Wettin-Bursen 3. Mannschaft ebenfalls hier. — Um die Gaumeisterschaft der 3. Klasse von Nordachsen treffen sich hier 1/10 Uhr R. S. B. 3. und Döbelner Sport-Club 3. — Abteilung ist Jugendpflege: Die 1. Jugend und 1. Knaben tragen in Bergschloß gegen die gleichen Mannschaften des dortigen Fußball-Clubs die Gau-Jugend- und Knabenmeisterschaft aus. — Nachmittags 2 Uhr treffen sich die 2. Jugend-Mannschaften von R. S. B. und S. f. B. Dresden. — Damenhandball: Heute Freitag weilen die Damen Tomb in Döbeln bei Eckertwerda.

Großer Sachsenpreis 260 km. Am kommenden Sonntag, den 10. Juni, findet zum 7. Mal das altbekannte klassische Straßen-Rennen „Großer Sachsenpreis“ auf der 260 km langen Strecke Chemnitz - Dresden - Leipzig - Chemnitz statt. Das Rennen wird vom Sächsischen Radfahrer-Bund veranstaltet. Die sportliche Veranstaltung hat der rührige Bezirk Chemnitz von S. R. A. übernommen. Das Rennen wird außer den bekanntesten deutschen Berufsfahrern die Amateure der Klasse A und B des S. R. A. sowie der D. R. II. und des Oberlausitzer Radfahrer-Bundes an dem Start sehen und erblickt noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß es zugleich als Landesmeisterschaft von Sachsen für die Amateure der dem Radfahrer-Landesverband Sachsen angehörenden Radport-Verbände (S. R. B., D. R. II. und O. R. V.) gilt. 80 Preise im Gesamtwerte von weit über 3 Millionen sind ausgesetzt.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenplan der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Sonntag, 10. Juni, „Tannhäuser“, 7-11. 11. für den Verein Dresdner Volksbühne „Jar und Zimmermann“, 7-9. 10. kein öffentlicher Kartenverkauf. 12. „Madame Butterfly“, 8-10. 13. „Der Barbier von Sevilla“, 8-10. 14. in neuer Einfassung und Inszenierung „Aida“, 8. 15. „Tosca“, 8-10. 16. „Meinung“, 8-10. 17. „Die Waise“, 8-10. 18. für den Verein Dresdner Volksbühne „Tosca“, 8-10. kein öffentlicher Kartenverkauf. — Schauspielhaus: 10. „Gomont“, 7-9. 11. „Der König“, 8-10. 12. „Was ihr wollt“, 7-11. 13. „Frau im Felleis“, 8-10. 14. „Mit dem Feuer spielen“, 8-10. 14. „Gomont“, 8-10. 15. „Der Bibliothekar“, 8-10. 16. „Torquato Tasso“, 7-10. 17. normittag 11 Uhr Aufführung der „Wismar-Schule“, „Maria Stuart“, 7-11. 18. „Des Meeres und der Liebe Wellen“, 7-11.

Wochenplan des Centraltheaters in Dresden. Von Montag, den 11. Juni, bis Montag, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, täglich: „Die Frau von Korinth“.

Von der Landesuniversität. Die Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig Dr. Felix Stutck und Dr. Georg Vinzenz sind zu nichtplanmäßigen außerordentlichen Professoren in dieser Fakultät ernannt worden.

Der Antrag gegen Schauspieldirektor Willi verworfen. Das Präsidium der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hatte den Antrag gestellt, dem Schauspieldirektor Will vom Dresdner Neustädter Schauspielhaus wegen fittlicher, wirtschaftlicher und künstlerischer Unzuverlässigkeit die Genehmigung zu Schauspielunternehmungen im Neustädter Schauspielhaus zu entziehen. Die Kreisgemeinschaft hat das dahin entschieden, daß dieser Antrag kostenpflichtig zurückgewiesen wird. Die amtlichen Kosten des Verfahrens sollen der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger zur Last. Diese hat gegen die Entscheidung der Kreisgemeinschaft Berufung beim Ministerium des Innern eingelegt.

Volkswirtschaftliches.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches liegt in der Zeit vom 21. bis 31. Mai um 1.882.519.040 Millionen Mark auf 10.274.850.017 Millionen Mark. Die Ablieferungen der Oberfinanzstellen und Finanzklassen, die in der ersten Maihälfte 577 und in der zweiten Maihälfte 425 Milliarden Mark betragen hatten, sind nach dem „B. Z.“ in der Berichtshälfte auf 248,7 Milliarden Mark zurückgegangen. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß diese Zahlen die Nettoeinnahmen, d. h. die Steuereingänge nach Abzug der von den Finanzstellen zu leistenden Zahlungen darstellen. Diese Zahlen sind in der Berichtshälfte wegen der in sie fallenden Bereitstellung der Geldmittel für die erhöhten Steuerungsbezüge der Reichsbediensteten und der Monatsabforderungen für Juni besonders hoch, und jedenfalls weit höher als in den ersten beiden Maihäften gewesen. Aus dem Rückgang der Nettoablieferungen darf daher nicht ohne weiteres auf einen Rückgang der Steuereinnahmen in dem gleichen Umfange geschlossen werden, wenn auch das Ergebnis der ersten beiden Maihäften, die durch die Pflichteinzahlungen auf die Einkommensteuer und die Zwangsanleihe besonders begünstigt waren, vielleicht nicht erreicht worden ist. Die Zunahme der schwebenden Schuld, die in der ersten Maihälfte 105 und in der zweiten Maihälfte 305 Milliarden Mark betragen hatte, ist in der Berichtshälfte wieder auf 1.882 Milliarden Mark angewachsen. Die Gründe hierfür sind in Zusammenhang mit der sehr starken Geldentwertung hauptsächlich: Bereitstellung der Geldmittel für die Auszahlung

der erhöhten Steuerungsbezüge der Reichsbediensteten und der Monatsabforderungen für Juni, erhöhte Aufwendungen für die Deutsche Reichsbahn infolge des erwähnten Beschuldungsbedarfs und der mit der Ruhrkrise im Zusammenhang stehenden besonderen Verhältnisse; der wiederum sehr starke Geldbedarf für Ausgaben zur Ausföhrung des Friedensvertrags und für Maßnahmen aus Anlaß des Einbruchs in das Rhein- und Ruhrgebiet. Im ganzen hat die schwebende Schuld im Monat Mai sich um 1.882 Milliarden Mark erhöht gegenüber 1.841 Milliarden Mark im Monat April. Die Zunahme ist also trotz der inzwischen eingetretenen gewaltigen Verschlechterung der Wirtschaftslage noch hinter derjenigen im April zurückgeblieben, was allerdings die in den Mai fallenden Pflichteinzahlungen auf die Einkommensteuer und die Zwangsanleihe nicht unwesentlich beigetragen haben.

Goldmarken. Für die Zeit vom 18. bis einschließlich 10. Juni beträgt das Goldmarken 1.481.900 vom Hundert. Die Teuerung im Mai. Die vom Statistischen Landesamt allmonatlich festgestellten Teuerungszahlen sind, nachdem sie von März bis April nahezu gleich geblieben waren, von April bis Mai wieder ganz erheblich gestiegen. Für die am „Statistischen Eldbiente“ beteiligten läßt. Gemeinden (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bautzen, Annaberg, Auerbach, Sebnitz und Grimma) ergaben sich in den Monaten April und Mai 1923 folgende Durchschnittsteuerungszahlen: Ernährung, Kleidung und Beleuchtung zusammen: April 298,768, Mai 295,391. Darnach stiegen die von der Statistik erfaßten Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie in vier Wochen

(Leuerungszahl) von 298,768 auf 295,391, oder um 24,7 Prozent.

Marktblätter.

Dresdner Getreidemarkt am 7. Juni. Futtertrieb: 1. Rinder: 8 Bullen 23 Kalben und Rube; 2. 220 Rinder; 3. 4 Schafe; 4. 102 Schweine. Preise für Ochsen, Bullen, Kalben und Rube, Rinder, Schafe und Schweine wie am Montag. — Tendenz des Marktes: Geschäftslage gut. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Weizenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 135000—137000, Fest. Roggen, märkischer und pommerischer 117000—118000, Fest. Sommergerste, märkische 90000 bis 96000, Fest. Hafer, märkischer 90000—92000, pommerischer 89000—90000, Fest. Weizen, wagnersel Hamburg 107000 bis 109000, Fest. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 370000—410000, feinste Marke über Notiz bezahlt. Fest. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 280000—320000, Fest. Weizenkleie 58000—58000, Fest. Raps 285000. Beisapfel. Weizen 240000, Fest. Weizen 135000—145000, kleine Speiserbisen 100000—110000, Futtererbsen 95000, Bohnen 105000—110000, Ackerbohnen 90000—95000, Wicken 115000—130000, Lupinen, gelbe 145000—155000, Serradella 240000—245000, Rapskuchen 90000, Leinöl 140000—145000, Trockenkorn 86000—37000, Rohwurstige Suderknäuel 51000 bis 52000, Torfmehl 30/70 33000—34000, Kartoffel, Roden 58000—59000.

Stadtpark-Konzert

Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr.
Mitwirkende: Orphenkapelle, Leitung: Rudolf Eils; Chemnitz Orpheus, Leitung: Kurt Bock; M.-G.-V. Orpheus Riesa, Leitung: Horst Krauß. — Vollbesetztes Orchester. Auserlesenes Programm. Das deutsche Volkslied im Einzel- und Massenor (200 Sänger). — Bei schlechtem Wetter findet das Konzert nachm. 3 Uhr in Höpfners Saal statt.

Wohnungstausch!
Suche meine schöne, gelegene 3-Zimmer-Wohnung in Riesa mit gleicher in Riesa oder Gröba zu tauschen. Offerten unter Q 8 364 an das Tageblatt Riesa.

Wohnungstausch!
Viele billige 3-Zimmer-Wohnung in Riesa gegen größere. Offerten unter Q V 871 an das Tageblatt Riesa.

Stenotypistin,
möglichst aus dem Holzschach, per sofort gesucht. Angebote unter Q 8 889 an das Tageblatt Riesa.

Wirtschaftlerin
Witwe 30—38 Jahre, spät. Deirat nicht auszufüllen. Off. an Otto Neumann, Bornitz bei Döbau.

Bezirksvertreter gesucht!
glänz. bew. Haushaltg., Maschinengebrauch, Stadtmann & Klein, Dresden, Albrechtstr. 41.

Verreter
für bereits besteh. Agentur. Angebote unter W 1 9574 an das Tageblatt Riesa.

Reisenden
gegen Gehalt und Prov. Landwirtschaftl. Ein- u. Verk.-Bef. u. b. 9. Weisla, Turnerstraße 25.

Hausgrundstück
gebaut 1913 zu verkaufen. Klänig, Altenu bei Mühlberg (Elbe).

Fohlen
hat zu verkaufen. Dugo Heinrich, Soblfan bei Strehla.

1 Pferd (Russe)
11 Jahr, 152 hoch, ist zu verkaufen. Canis, Soblfan.

Schlafstube-einrichtungen,
möglichst einschl. Tisch u. Sofa, Gardinen usw. Angebote mit festem Preis sind umgehend einzureichen und werden vertraulich behandelt. Elektrifizierungsbedarf Gröba.

Kin- und Zweispänner-Ansch.- u. Geschäftswagen
verkauft Meißner Werke, Schützenstraße 10.

Kirchennachrichten.

2. Sonntag n. Trin. 1923.
Riesa. Kirchenvorstand. Tr.-A.: 9 Uhr Pr. 10. Wp. G. 3, 1—10 (L.), 11 Uhr Kinder. (Fr.). Kl.-A.: 1,3 Uhr Jugendg. (V.), 8 Uhr Gemeindevand. Kirchen-tausch 2 Uhr.
Weiß. 9 Gottesdienst. Unterredung H. Gröba. 9 Uhr Predigt (Tende).
Pausitz. 8 Uhr Pr. in Zahnschulhaus. 1 Uhr Kinder. Höderau. 9 Predigt u. Kirchgemeindevand. 3—5 Uhr Jungmännern.
Zeithain. 8 Uhr Predigtgottesdienst (May), Mittwoch abend 8 Uhr Abendkommunion.

Kath. St. Barbara-Kapelle. Leisingstr. 9. Um 1/8 Gottesdienst in Zeithain, 10 Hochamt in Riesa. Berichtags keine hl. Messe.

Tierarzt Dr. Thieme, Glaubitz
verreist vom 8. bis mit 10. Juni.

Holz-Verkauf.

Dienstag, den 12. Juni, werden im Revier Celschau, Post Staritz, gegen Bezahlung vor der Abfuhr folgende Ackerholzer verkauft:

Durchm.	Stämme Höhe	Brennholz:
—20 cm	16	24 im Scheite
21—25 "	33	44 " Rollen
26—30 "	22	31 " Stöße
31—35 "	7	16 Reifschrauben
36—40 "	4	73 schwache Durch-forstungshäuten.

Das Rugholz wird einzeln resp. in kleinen Losen angeboten. Aufnahmelisten (nur bei Bestellung) gegen 2000 M. Schreibgebühren. Zulassungsamt im Schlage am Drieberg (Celschau-Bodwiger Weg). Beginn mit dem Rugholz um 1/11 Uhr. Brennholz ca. 1 Uhr. Die Forstverwaltung. Schlegelmilch, Förster.

Ankauf Baark

Gold - Silber
Platin - Ganz
Gebisse - Einzelne
Zähne - Interven
Gegenstände
und Bruch aller Art
nicht mehr
Riesa, Carolinstr. 10 part. Wisnarsstr. 65.
Ehe Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos bei mir abschätzen. — Strengste Diskretion.

Reparaturen an Automobilen

führt schnellstens aus
Kurt Winkler, Wehltheuer.
Für gef. Kenntnisnahme, daß ich eine Spezial-Werkstatt für Fahrräder und Automobilmunni errichtet habe. Samtl. Lager in Benzol und Autosolen. F. C.

Durch Einkauf von Säden

können Rentner oder Pensionäre ein gutes Einkommen erzielen. Das erforderliche Betriebsmaterial wird zur Verfügung gestellt. Angebote an M. Schmidt, Dresden, Lindenaustraße 1a.

Bei Krätze Hautjucken

Gustauschlag, Flechten wirkt sofort
Krätze-Geiß, Herbolium!
1 Dose 500, 600 Mtl. für alte Fälle 1200 u. 1500 Mtl.
1 Paket Tee-Kur 400 Mtl.
Zu haben: D. Förster, Zentral-Drogerie, Riesa.

Strohhaar

kauft jeden Posten zum Tagespreis
Firma Otto Striegler, Lauenstraße 55.

Bereinsnachrichten

Kammerlichtspiele
Hauptstr. 1

Elmo, der Furchtlose

8. und letzter Teil.
Elmo Lincoln ist in diesem Film zum letzten Male bis auf längere Zeit in einem Großfilm zu sehen!
Dazu ein fabelhaftes Beiprogramm. Täglich 7 und 9 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
Erhöhte Preise.
Um recht regen Besuch bittet der Besitzer R. March.

Regelklub Holzschinder.

Sonntag, 9. Juni, abends 7 Uhr, findet unser Stiftungsfest im Schützenhaus statt. Gönner und Freunde des Sportes sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Waldschlösschen Röderau.

Sonntag, 10. Juni, findet unser 3. Stiftungsfest statt. Gäste herzlich willkommen. Anfang 6 Uhr. Jugendverein „Gemütlichkeit“ Röderau. Der Festausschub.

Gasthof Wergendorf.

Berein für Bewegungsspiele Riesa-Gröba e. S.
Zu unserem am Sonntag, 10. Juni, stattfindenden Jugend-Kränzchen werden nochmals sämtliche Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Sportes herzlich eingeladen. Anfang 5 Uhr. Der Festausschub.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, 10. Juni, von 5 Uhr an große öffentl. Ballmusik.
Hierzu ladet freundlich ein Oskar Gähler.

Gasthof Münchritz.

Sonntag, den 10. Juni großes Extra-Konzert und Ball ausgeführt vom Musikkorps des 2. Bat. Inf.-Regt. 12, Quedlinburg (18 Mann).

Torpedo

die erstklassige unerreichte stabile Schreibmaschine mit herausnehmbarer Wagen verkauft
Schreibmaschinen-Ges. und Spezial-Reparatur-Werkstatt aller Systeme
Ernst Schiller, Dresden-A. I.
Begründet 1908. — Telefon 14431.
Vertreter gesucht.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Silberhochzeit sprechen wir hierdurch herzlichsten Dank aus.
Riesa. Arthur Gofeld und Frau.

Mass-Atelier

der Riesaer Korsettfabrik
H. Mühle & Co.
Goethestraße 81, I. Etage

Geöffnet von vorm. 9—12 und nachm. 2—5.
Telefon 205.

Britetts

Der Verkaufspreis für Britetts ist auf M. 9400.— b. 3. Jhr. ab unsern Käfern festgesetzt worden.

Verein der Kohlenhändler für Riesa und Umgegend.

3 Pr. F. Schube, Alt. Sitzer, eiserne Beistelle zu verkaufen. Röder, Glaubitz Nr. 63.

Kleine Anzeigen

im Riesaer Tageblatt vermitteln aller schnellsten An- und Verkäufe oder bergl., weil sie allgemein gute Beachtung finden. Kleine Anzeigen sind billig. Statistilagen zur Abfassung der Anzeigen erteilt kostenlos die Tageblatt-Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 59. — Telefon 20 —
Werktäglich von früh 8 Uhr durchgehend bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

Gasthof Grödel.

Sonntag, d. 10.6. von 6 bis 11 Uhr öffentliche Ballmusik.

Gasthof Stöbitz.

Sonntag, 10.6. ab 7 Uhr öffentl. Ballmusik Es ladet erg. ein J. Köcher

Gasthof Wiltzig.

Sonntag, den 10. Juni öffentl. Tanzveranst. Anfang 6 Uhr.

Gasthof Boritz.

Sonntag Ballmusik. 7 Bahnd

Allen denen, die des Garg unseres lieben kleinen Gottfried so schön mit Blumen schmückten, sagen hierdurch herzlichsten Dank.
Julie Wack u. Eltern
Boppitz, den 7. 6. 1923
Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.
Hierzu Nr. 23 des Monatsheftes an der Seite.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 7. Juni.

Für Beratung steht die sozialdemokratische Interpellation über

Teuerungsmassnahmen

infolge der Markentwertung, Einschreiten gegen die Devisenflucht usw.

Abg. Aufhäuser (Soz.) begründet die Interpellation. Die französische Regierung hat mit ihrer Subtraktion das deutsche Volk den Kreisen ausgeliefert, die aus der Markentwertung Profit ziehen wollen. Wir dürfen nicht nur mit den Franzosen, sondern müssen auch mit diesen Kreisen abrechnen. Die deutsche Arbeiterkassette hat keine Reliqua an Unbesonnenheiten und Quittungen. Was sich an Unruhe zeigt, ist die aufgeweckteste Erbitterung gegen die Ruinierer unserer Notlage, der erbliche Kern gegen die Vorkämpfer der Reichsregierung und gegen die Aktivität und Masskraft weiterer Kapitalistenkreise. (Beifall und Unruhe.) Wir leben jetzt das Flacko einer rein bürgerlichen kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Seit dem Kriegsende ist keine produktive Wirtschaftspolitik mehr getrieben worden. Die mahgebenden Kreise unserer Wirtschaft haben nur auf Valutagewinne spekuliert und sind zu einer extensiven Produktion übergegangen. Der Reichsverband der Industrie hat schon früher sein sogenanntes Hilfsangebot an unerfüllbare Bedingungen geknüpft, und die Stützungsaktion für die Mark ist von demselben Wirtschaftskreislauf sabotiert worden. Die mit großen Opfern von der Reichsbank herbeigeführte vorübergehende Senkung des Dollars hat nur den großen Devisenbesitzern, der Schwerindustrie Profit gebracht, weil sie durchhalten konnten. Die Sabotage der Stützungsaktion ist von den mahgebenden Wirtschaftskreisen ausgegangen, wie Reichsbankpräsident Hansen in das unumwunden erklärt hat. Wenn er im Untersuchungsausschuss dann nicht zu seinen Worten gestanden hat, so beweist das, daß er nicht der geeignetste Mann zur Durchführung einer Markstützungsaktion ist. (Sehr richtig bei den Soz.) Die Reichsbank ermächtigt mit ihren Krediten den Dollarspekulanten große Gewinne auf Kosten der Masse des Volkes. Der Untersuchungsausschuss muß prüfen, wie hoch die Devisenbestände deutscher Industrieller und Kapitalisten im Ausland sind. Das gilt besonders für Hugo Stinnes. In der Tischschokolade wird jeder mit Zucker bestrahlt, der durch den notwendigen Erwerb von Devisen die Valuta schädigt. Bei uns hat man nicht einmal einen Steueranalog für die großen Ausgaben der Inflation geschaffen. Man hat nicht nur die Belastung des Volkes veräußert, sondern durch das Gesetz über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung geradezu eine Prämie für die Steuerdrückberger ausgelegt. Der im Garantieangebot der Industrie verlangte Wersfall der Ausfuhrabgabe würde mehr ausmachen als das ganze Angebot der Industrie. Ebenso steht es mit der Opferlosigkeit der Landwirtschaft. Wir verlangen Beteiligung des Reiches an den Sachwerten der Industrie und Milderung der Lohnsteuer der Arbeitnehmer, sowie Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preise. Das einzige, was bei der Markstützungsaktion stabilisiert wurde, waren dank der Bemühungen des Ministers Weder die Löhne. Wo aber blieb die Senkung der Preise, und wo bleibt jetzt beim Steigen des Dollars eine Aufforderung des Ministers Weder, die Löhne entsprechend zu erhöhen? Gehälter und Löhne müssen endlich auf eine wertbeständige Grundlage gestellt werden, auch ist die automatische Anpassung der Erwerbslosenunterstützung dringend notwendig. Es liegt jetzt an Regierung und bürgerlichen Parteien, die Lösung der Krisis innerhalb des Parlamentes zu ermöglichen, bevor die Mobilisierung der Waffen außerhalb des Parlamentes notwendig wird. (Beifall bei den Soz.)

Reichsarbeitsminister Brand:

Die Regierung erhofft von einer sachlichen Bepredung dieser Interpellation eine Veruhigung des Volkes in der jetzigen Notlage. Die Regierung hat schon eine der Teuerung angepasste Erhöhung der Unterhaltungen der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen, der Waisen und der Unfallrentner vorbereitet. Auch in der Knappheitsversicherung sind ähnliche Novellen im Gange. Die Erwerbslosenunterstützung soll unverzüglich der Preisentwicklung angepasst werden. Die Erhöhung war ursprünglich mit 33%, bemessen, Regierung und Reichsrat werden aber wohl darüber hinausgehen. Die Erhöhung soll rückwirkende Kraft bis zum 4. Juni haben. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir einer angemessenen Entschädigung für die Kurzarbeiter. Zur Schaffung neuer Arbeit haben wir in letzter Zeit das System der produktiven Erwerbsfürsorge wesentlich ausgebaut, besonders im besetzten Gebiet. Infolge der Markentwertung hat sich die Zahl der Arbeitslosen vermindert. Die Vorküsse für die Wohnungsbauabgabe sind beträchtlich erhöht worden. Ein Erfolg der Markstützungsaktion war nur zu erwarten, wenn nicht durch Lohnsenkungen Anlaß zu neuen Preissteigerungen gegeben wurde. Daneben wurde großer Nachdruck gelegt auf den Preisabbau. Nicht immer mit dem wünschenswerten Erfolg, das gebe ich zu. In den wichtigsten Urprodukten wurde tatsächlich ein Preisabbau erzielt.

Als die neue Markentwertung sich zeigte, sah das Arbeitsministerium daraus die entsprechenden lohnpolitischen Folgerungen. In verschiedenen Vorkommnissen wurde darauf hingewiesen, daß die Löhne dem veränderten Preisniveau angepasst werden müßten. Tatsächlich sind auch in den großen Industrien Lohnsenkungen um 67%, und mehr eingetreten und die Erhöhungen sind damit noch nicht abgeschlossen. Wir prüfen alle Möglichkeiten für eine schnellere Anpassung der Löhne an die Preisveränderungen. Die Besenken gegen eine automatische Lohnregelung oder die Einführung von Geldlöhnen sind aber nicht entkräftet. Denn dann gäbe es keinen Widerstand mehr gegen Preissteigerungen. Auch in den freien Gewerkschaften werden Bedenken gegen die Einführung des Geldlohns geäußert. Im Einverständnis mit dem Wirtschaftsministerium bemühen wir uns, einen Maßstab zu finden, der die Verminderung der Kaufkraft möglichst schnell und richtig erfährt und den wir bei künftigen Lohnverhandlungen zugrunde legen können. Im laufenden Monat werden wir angesichts der sprunghaften Preisentwicklung über den Reichsindex hinausgehen, dessen Mängel uns bekannt sind. Eine dauernde Stabilisierung der Währung und des Reallohnes werden wir nicht erreichen, solange das entwafrnete Deutschland ständig bedroht und vergewaltigt wird. (Sehr richtig.) Wir hoffen auf die wachsende Einsicht der Völker, daß nur die gegenseitige Duldung und Anerkennung des deutschen Lebensrechts gesunde Verhältnisse in der Welt schaffen kann. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Permes:

Die von der Regierung schon bei der Verabschiedung des Steueranpassungsgesetzes gegen einzelne Reichstagsbeschlüsse erhobenen Bedenken haben sich als richtig erwiesen. Wir können aber im Laufe dieses Jahres die Vorkrisen nicht ändern, weil sonst das schon sehr verzögerte Reparationsgeschäft ganz in Unordnung kommen würde. Bis zum 8. Juni sind 224 Milliarden Zwangsanleihen eingegangen. Die Vorkrisenabgaben auf Einkommen- und Vermögenssteuer müssen der Geldentwertung entsprechend ebenfalls erhöht werden. Der demnach zur Beratung

Deutschlands Antwort den Alliierten überreicht.

Der Inhalt der Note.

Wie bekannt, sind der Reichsregierung auf ihre Note vom 2. Mai von den Alliierten Regierungen verschiedene Antwortnoten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in ihrer Rückantwort auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind. Demgemäß ist gestern den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum überreicht worden:

1. Die Deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrecht handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprochen wolle, als nach ihrer Ueberzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu halten imstande ist.

Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die Deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein härterer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar.

Die Deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auch für die Durchführung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzuregen. Ein härterer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar.

2. Die Deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die Deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß anstelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die Alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Ausmaß und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefassten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die Deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von zehn Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstes Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die Deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft an einer Garantie betanzeln, die als erstes Pfandrecht in Höhe von zehn Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den häuslichen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den belasteten Objekten angebracht.

c) Außerdem werden die Zölle auf Gewerbesteuer und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurück-

gegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die Deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen:

In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig.

Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an. Die Deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

Zustimmung der Berliner Presse.

Die deutsche Deutschrift findet abgesehen von einigen Bedenken, die deutschsprachige Zeitungen ausdrücken, die Zustimmung der gesamten Berliner Presse.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, es handle sich nur um eine Erläuterung und Ergänzung der am 2. Mai den Mächten angelegten Note; es werde also auch alles aufrecht erhalten, was in jener Note über den deutschen Abwehrwillen gegenüber den französischen Gewalttaten und Rechtsbrüchen gesagt oder angedeutet wurde.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ betont: Die deutsche Regierung hat mit dem achtigen Memorandum das Menschlichste getan, um selbst auf die Gefahr neuer schwerer Erschütterungen im Innern hin der gegen Deutschland annehmenden Gewaltpolitik endlich den Boden zu entziehen. Sollte auch dieser ihr äußerster Versuch scheitern, so wird die Verantwortung für alle dann unausweichlichen Folgen jedenfalls nicht auf Deutschland zu wälzen sein.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, vom deutschen Standpunkt aus könne man dem Memorandum zustimmen. Daß deutsche Volk werde es dem Kabinett Cuno dank wissen, daß es in entscheidender Stunde zu seinem in der Not ausgeprochenen Wort gehalten habe.

Das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht die nüchternen und geschäftsmäßig klare Formulierung der neuen deutschen Note, die zweifellos eine geeignete Grundlage für die endgültige Regelung der Reparationsfrage bilde. Einen härteren Beweis für ihren Reparationswillen hätte die deutsche Regierung nicht geben können als dadurch, daß sie sich der Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über die Höhe und Art der Reparationsleistungen unterwirft und sich bereit erklärt, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen und den internationalen Sachverständigen volle Einsicht in das staatliche Finanzgebahren zu gewähren.

Der „Vorwärts“ hebt hervor, was das Memorandum zu Punkt 4 erkläre, sei so vernünftig und unanfechtbar, daß nur schämevolle Böswilligkeit ihm widersprechen könne. Es müsse verhandelt werden; wer nicht verhandeln wolle, lege sich ins Unrecht. Denn die Gegenseite leide nicht mehr so groß, daß man meinen dürfte, der Versuch zu ihrer Ueberbrückung müßte auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Zurückhaltung in London.

Wie Reuters meldet, hält man sich in amtlichen Kreisen davon zurück, Erklärungen zur deutschen Note abzugeben. Die Lage wird als zu heikel angesehen, um zu getreten. Eine zu zeigen oder schlecht überlegte Erklärungen abzugeben, bevor die Auffassungen bei den Alliierten bekannt sind. Das Kabinett wird die Note in einer auf einen möglichst nahen Zeitpunkt anzubereitenden Sitzung besprechen. Wie man erwartet, wird alsdann zwischen London, Paris, Brüssel und Rom ein Gedankenaustausch veranstaltet werden, um über die von den Alliierten unternommenen Schritte schlüssig zu werden.

komme Antrag Marx will die Vorauszahlung für die Einkommensteuer zum 15. August und November auf den zehnfachen Betrag der Steuer von 1922 festsetzen. Wir werden aber voraussichtlich auf den zwanzigfachen Betrag kommen müssen. Wir arbeiten daran, die Besteuerungen möglichst der Geldentwertung anzupassen. Ganz wird uns das nie gelingen. Wir werden auch um eine beträchtliche Steigerung der Verbrauchssteuern nicht herumkommen. Vor allem muß aber dahin gewirkt werden, daß die im Ausland bestehenden unbegründeten Vorurteile gegen unsere Steuer- und Finanzpolitik nicht weitere Nahrung erhalten.

Minister Permes bemerkte noch in seiner Rede, einen Ausgleich bietet der Entwurf zur Beschaffung der Mittel für die Verbilligung des Brotes. Er sieht eine Abgabe in Höhe des Zwangsanleihebetrages vor. Nach dem heutigen Stande der Geldentwertung reicht dies nicht mehr aus. Ich halte auch eine sehr starke Verbilligung des Zwangsanleihebetrages für durchaus tragbar. Weiter wird dem Finanzminister die Möglichkeit gegeben werden müssen, künftighin vor dem jeweiligen Vorauszahlungstermin den Multiplikator der Entwertung anzupassen. Dann werden die Vorauszahlungen ihre beabsichtigte Funktion wieder erfüllen, d. h. den für das Jahr in Betracht kommenden Betrag wesentlich oder ganz zu decken und damit die gleiche Behandlung der Einkommensteuerpflichtigen, gleichviel ob Lohnabzug stattfindet oder nicht, nach Möglichkeit zu erreichen. Unter allen Umständen müssen die Paragraphen 33a und 33b des Einkommensteuergesetzes, die ohnehin nur für 1922 galten, neu geregelt, d. h. auf das gebotene Maß zurückgeführt werden. Sie haben eine entlastende Wirkung gezeigt, die über die Bedürfnisse der Wirtschaft weit hinaus geht. Das betrifft auch die Körperschaftsteuer. Einer durchgreifenden Umarbeitung bedarf die Vermögenssteuer für 1924. Der Steuertarif muß neu geregelt werden. So wird die Möglichkeit geschaffen, bei der Veranlagung dem jeweiligen tatsächlichen Wert Rechnung zu tragen. Auf diese Weise hoffe ich, die Belastung des Volkes so anzugestalten, daß sie unter Steigerung der Erträge der Geldentwertung und der Leistungsfähigkeit entspricht. Neben der Besteuerung müssen auch die Verbrauchssteuern, soweit sie nach festen Sätzen erhoben werden, der Geldentwertung angepasst werden. Ich muß mit aller Offenheit erklären, daß es eine gefährliche Illusion wäre, zu glauben, daß die uns jetzt und in Zukunft obliegenden gewaltigen inneren und vor allem äußeren Lasten einseitig durch Verbrauchssteuern getragen werden können.

Reichswirtschaftsminister Dr. Weder:

Die kaum verhüllten Drohungen des Abg. Aufhäuser am Schluß seiner Rede lassen erkennen, daß es ihm doch um

Agitation zu tun war. (Unruhe bei den Soz.) Deutschland ist infolge des Verfallens Friedensdiktats verarmt. (Zuruf der Soz.) Das wird überaus nachgewiesen in der Denkschrift des statistischen Reichsamts. Es ist richtig, daß die Löhne nicht den Preisen im gleichen Tempo folgen. Die Sozialdemokratie hat aber in der Zeit, als sie die Macht hatte, auch die Sozialisierung nicht durchführen können. Im Gegensatz zum Abg. Aufhäuser haben die Sachverständigen im Untersuchungsausschuss den im Inland und Ausland angelegten deutschen Devisenbesitz sehr gering eingeschätzt. Diesen Sachverständigen glaube ich mehr. Wir brauchen doch diese Millionen im Ausland für die Gesundung unserer Wirtschaft. Selbst wenn durch die Verschlebung solcher Gelder ins Ausland dem deutschen Steuerfiskus Mittel verloren gehen, dann schäme ich den der deutschen Wirtschaft daraus entkehenden Verdienst viel höher ein. (Zuruf: Schieberminister!) Ich stelle nur eine wirtschaftliche Tatsache fest. Es war bedauerlich, wenn Abg. Aufhäuser persönliche Eingriffe gegen den Reichsbankpräsidenten Hagenstein richtete, der ein ganzes Menschenalter hindurch sich große Verdienste um die deutsche Wirtschaft erworben hat. Wirtschaftliche Fragen sollte man wirtschaftlich und nicht politisch behandeln. Bei dem Ueberblick der Einfuhr über unsere Ausfuhr ist die Entwertung der Mark eine natürliche Erscheinung. Wir wollen aber die Hände nicht in den Schoß legen. Wir haben die alte Devisenverordnung wesentlich verschärft, die Konfessionspflicht für Wechselstuben eingeführt und bereiten scharfe Revisionen vor. Mit der Einführung eines Einheitsfußes würde aber kein Nutzen geschaffen, sondern nur eine große Schädigung des Handels erreicht werden. Ebeniwemig wäre der Vorschlag einer völligen Zentralisierung des Devisenhandels bei der Reichsbank in Deutschland durchführbar. Wir werden die neuen Vorschriften der Devisenverordnung scharf durchführen, aber solange der Einfuhrüberschuss nicht aufhört, können wir das Uebel nicht beseitigen. Und solange die Reparationslast auf uns drückt, können wir nicht zu einer Stabilisierung unserer Währung. Selbstverständlich ist, daß die Arbeiterlöhne erhöht und vor allem dem Mittelstand geholfen werden muß. Aber die Gesundung unserer Währung ist nur möglich, wenn wir frei von Reparationslasten unsere Produkte auf dem Weltmarkt absetzen können.

Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wird die Bepredung der Interpellation beschlossen, die morgen nachmittags 2 Uhr beginnen soll.

Schluß 5/4 Uhr.

Die Brüsseler Besprechung.

Eine Londoner Pressestimme.

In einem Leitartikel schreibt „Times“, die gestern in Brüssel abgehaltene Konferenz könne sich als ein Wendepunkt erweisen. Belgien sei der Ruhrbesetzung etwas näher und würde gern auf seinen Anteil daran verzichten. Das praktische Ergebnis der Zusammenkunft könne eine Annäherung der französischen Haltung an die belgische sein, die ihrerseits wieder der englischen viel näher liege. Belgien sei ebenso wie Großbritannien nicht bereit, unbestimmte Zeit auf Ergebnisse zu warten und habe ebenso wie Bonar Law seinerzeit einen endgültigen Plan für die Regelung der Reparationsfrage entworfen. Belgien könne die Aufgabe haben, eine entscheidendere Rolle bei der Lösung der Frage zu spielen, als bisher wahrscheinlich gewesen sei. Belgien wünsche aus einem ganz besonderen Grunde, daß ein vollständiges Einverständnis zwischen Frankreich und Großbritannien herrsche. Davon und von nicht anderem hänge die Sicherheit Belgiens ab. Das Weiterbestehen eines Abverständnisses zwischen diesen Mächten würde eine deutliche Bedrohung für die Sicherheit Belgiens sein. Es sei ein dringliches Interesse Belgiens, daß vollständige Harmonie zwischen Frankreich und Belgien wiederhergestellt sei.

Abwartende Haltung in Paris und Brüssel.

Ueber die belgisch-französische Konferenz selbst der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ aus Brüssel, das kurze Communiqué über die Verhandlungen solle erkennen, daß zwei wesentliche Fragen nacheinander angeschnitten seien, nämlich die Frage über etwaige Verhandlungen mit Deutschland und die Frage hinsichtlich des Programms, das Frankreich und Belgien gemeinschaftlich durchführen würden. Hinsichtlich des ersten der beiden Punkte handelte es sich darum, festzustellen, ob es schon heute opportun wäre, Anstrengungen zu unternehmen, um die allierte Einheitsfront aufrecht zu erhalten, d. h. sich mit England und Italien im Hinblick auf die Deutschland zu erzielende Antwort zu verständigen. Das scheint der Hauptgegenstand in der Einzelberatung der drei Minister gewesen zu sein. Während der Außenminister Josvaar gewünscht hat, daß Verhandlungen mit London und Rom aufgenommen würden, sei der Ministerpräsident Thémis der Meinung gewesen, daß vor Eröffnung der Verhandlungen es notwendig sei, das französisch-belgische Reparationsprogramm festzustellen und abzuwarten, ob die deutschen Vorschläge ernsthaft genug seien, um eine eingehende Prüfung unter den Alliierten zu verdienen. Die Ansicht von Thémis schiene ohne Schwierigkeiten geliegt zu haben, da sie auch die von Voincaré ist. Infolgedessen habe man, statt sofort mit London und Rom zu verhandeln, vorgezogen, zu warten, bis die französisch-belgischen Gedanken ausgereift seien und bis Deutschland erste Vorläufe unterbreitet hätte, die der Prüfung würdig seien. Was das zweite Problem, ein französisch-belgisches Programm aufzustellen, anlangt, so wies man, daß die belgische Regierung Aufzeichnungen vorgelegt habe. Für ein so ausgedehntes Programm genüge eine kurze Förderung in Gegenwart von etwa 20 Personen nicht. Infolgedessen schiene man sich darauf beschränkt zu haben, gewisse Grundzüge besser zu bezeichnen. Wenn Frankreich und Belgien erklärten, daß sie das Ruhrgebiet nur nach Leistung von Zahlungen räumen würden, was bedeute diese Erklärung? Es sei unerlässlich gewesen, diese Auffassung zu präzisieren. Die belgische Auffassung sei, daß beide Länder ohne Schaden das Ruhrgebiet räumen könnten, wenn die Zahlungen an Frankreich und Belgien abgeschlossen sein würden, das heißt, falls den französisch-belgischen Reparationszahlungen eine Priorität vor Beendigung der Zahlungen der von Deutschland der Gesamttheit der Alliierten geschuldeten Beiträge zuerkannt würde. Es schiene, daß dieser Grundplan ohne Schwierigkeiten angenommen worden sei. Andererseits hätten Frankreich und Belgien in ihrer jüngsten Antwort übereinstimmend Deutschland mitgeteilt, daß sie vor jeder Unterhandlung verlangten, daß der passive Widerstand aufgegeben werde. Auch hier habe man sich über den genauen Sinn der Erklärung verständigen können. Es sei infolgedessen klar, was man von Deutschland fordere: die glatte Rückkehr zum Status quo vor dem 11. Januar. Bevor etwas an den Maßnahmen geändert werde, die Frankreich und Belgien im Ruhrgebiet ergriffen haben, müsse Deutschland alle Anordnungen aufheben, durch die es den Widerstand gegen den Friedensvertrag von Versailles (I) organisiert habe. Sowohl hinsichtlich der Reparationen, als auch bezüglich der Belegung des Ruhrgebiets könne man annehmen, daß nunmehr allen Ungeheimnissen ein Ende bereitet sei. Frankreich und Belgien hätten sicher ihres alten Rechts sowie der Wirksamkeit ihrer Aktionsmittel, auch diesmal sich entschlossen, die Dinge ohne Hilfe an sich herantommen zu lassen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Teilzeit der Berliner Telegraphenarbeiter. Bei den Berliner Telegraphenbauarbeitern und dem Telegraphenzeugamt ist gestern ein Teil der Telegraphenarbeiter in einen Streik getreten und zwar ohne Zustimmung ihrer Organisation, des Deutschen Verkehrsverbundes. Die Telegraphenarbeiter forderten die sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbefreiung von 150 000 Mark und Erhöhung ihrer Familien um 100 Prozent (statt 66%) gegen Mai. Der Verkehrsverbund billigt die Forderung der Telegraphenarbeiter um so weniger, als ein willkürlicher Bruch des Tarifvertrages vorliegt. Die Telegraphenbauarbeiter und das Telegraphenzeugamt haben daher unter Androhung der fristlosen Entlassung die Streikenden aufgefordert, bis zum Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter haben eine Urabstimmung vorgenommen, an der von den 2100 Arbeitern 2016 teilnahmen und 1800 für den Streik stimmten. Nicht gestreikt wird in einigen Vororten Berlins. Der Verkehrsverbund erkennt diesen Streik nicht an. Die Postverwaltung behält sich vor, die WiederEinstellung der Streikenden von dem künftigen Bedarf abhängig zu machen.

Ueberführung der Leiche Schlageters. Wie aus dem Rheinland gemeldet wird, wurde gestern die Leiche des von den Franzosen erschossenen Kaufmanns Schlageter exhumiert. Der Leiche war in einem Sarg aufgebahrt, auf dem praktische Franzosen niedergelegt waren. Anschließend an die Leichenfeier sprachen Vertreter der Regierung, der Stadt und anderer Behörden. Ebenfalls anwesend waren auch die Verteidiger Schlageters, Rechtsanwalt Engkold und Dr. Marx. Unter Harmoniumklang und dem Gesänge „Ja hat einen Kameraden“ wurde der Sarg aus der Kapelle getragen und auf den bereitstehenden Eisenbahnwagen gebracht. Der Leichensarg soll in seiner Heimat Schönau bei Wiesental in Baden beigesetzt werden.

Die Probefahrt des Passagierdampfers „Wankow“. Der auf der Stettiner Vulkanwerft für den Norddeutschen Lloyd erbaute 13 325 Bruttoregistertonnen große Passagierdampfer „Wankow“ erzielte vorgestern während seiner Ueberführung von Swinemünde nach Bremerhaven seine Probefahrt. Auf Grund befriedigender Ergebnisse übernahm Generaldirektor Stimming im Großen Belt unter warmer Anerkennung der Leistungen der Werft das Schiff für den Norddeutschen Lloyd. Während das Schiff das Gebiet der Seebrücke am Stagerack passierte, fand bei baldmalk gefeierter Manns eine eindruckvolle Gedächtnisfeier statt, an der

hinsichtlich geladenen Redakteuren sowie Vorkommnisse der Besetzung und der Fortdauer teilnehmen. Die Worten unansprechlicher Dankbarkeit gedachte Generaldirektor Stimming der in der Stagerack-Schlacht gefallenen deutschen Seeleute und wies ihnen einen von der Kommandobrücke aus abgenommenen Kranz aus frischen Blumen. Nach gemeinsamem Gesang des Deutschlandliedes setzte die Wankow die Fahrt nach Bremerhaven fort. — Der Dampfer tritt seine erste Reise nach Newport am 21. Juni an.

Der Redakteur der Berliner „Roten Fahne“ verhaftet. Auf Ersuchen des Oberreichsanwalts hat die Kriminalpolizei gestern vormittag in den Redaktionsräumen der Berliner „Roten Fahne“ eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Das Ergebnis war ergangen wegen des am 27. Mai von dem Platte abgedruckten Leitartikels „Die deutsche Arbeiterklasse in Gefahr“, der Aufhebungen und Verbödenungen der Regierung enthält. Der verantwortliche Redakteur des Blattes, Gentsch, wurde wegen Landesverrats in Haft genommen.

Ueber die Getreidebewirtschaftung. Bei der Beratung des Reichstages über die Getreidebewirtschaftung des nächsten Wirtschaftsjahres im Volkswirtschaftsausschuss des Reichstages erklärte der Minister, eine blühende Erklärung über die Preisgestaltung bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres könne heute nicht abgegeben werden. Für die Bewirtschaftung des freien Vorkaufes nach Beendigung der Markenbrotverlosung sei der vorherige Preis gleichgültig. Der Verkauf von einer Million Tonnen durch die Verwaltung sei nicht zu unterlassen. In der Reichsgetreidekasse sei eine Anzahl tüchtiger und erfahrener Herren, auf die man unter allen Umständen jeweils zurückgreifen müsse, auch wenn die Reichsgetreidekasse als solche verfallend sei. Die Reichsgetreidekasse (Geschäftsabteilung) müsse also bestehen bleiben, wenigstens ihrem Wesen nach, wenn auch die Benennung anders werde. Solange eine öffentliche Bewirtschaftung erfolge und die kaufmännische Abteilung bestehe, müsse aber auch die Verwaltungsabteilung bestehen im Sinne einer amtlichen Vertretung des Reichs bei der Geschäftsabteilung. Selbstverständlich werde nach Maßgabe der Abnahme der Geschäfte der Umfang der Stelle abgebaut werden.

Zur Auszahlung der Beamten- und Arbeiterbezüge. Die Meldung, nach der durch Rundtelegramm des Reichsfinanzministeriums Vorauszahlungen an die Beamten und Staatsarbeiter in Höhe von 300 000 Mark für den Kopf geleistet werden sollen, enthielt nicht den Tatsachen. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Auszahlung der auf Grund der neuesten Regelung ausstehenden Bezüge in kürzester Frist erfolgt.

Marshall Petain Nachfolger Deputierter. General Petain, der gestern Dortmund, Bielefeld und Herne besucht hatte, hat heute seine Rundreise nach Beckinghausen fortgesetzt. Man vermutet, daß er den Oberbefehl über die französischen Truppen erhalten hat.

Fraktionssitzungen im Reichstage. Nach der Vollendung des Reichstages traten gestern sämtliche Fraktionen des Reichstages zu Sitzungen zusammen, in denen sich die Parteien mit der anheupolitischen Lage sowie mit der neuen Kwanzansätze für die Brotverlosung beschäftigten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Sozialdemokraten gegen die Technische Nothilfe. Wie der Vorwärts mitteilt, ist dem Reichstage eine Anfrage über die Technische Nothilfe eingegangen. U. a. wird gefragt, ob die Regierung bereit sei, mit den Spionageorganisationen der Gewerkschaften eine Vereinbarung mit dem Ziele der Abschaffung der Technischen Nothilfe zu treffen.

Der hochverehrte Dr. Brüchner. Der von den Franzosen vertriebene Regierungspräsident Dr. Brüchner, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, sprach in der Stadthalle zu Hannover über die deutsche Not. Es sei auf, daß die Verarmung sehr schwach belacht war. Dr. Brüchner äußerte sich dahin, daß er vor allem das Fehlen der Gewerkschaften bedauere, zumal er sich in seiner Rede gern an sie gewandt hätte. Oberpräsident Nolke wohnte der Versammlung bei.

Frankreich.

Deutsche Arbeiter im Wiederbaugebiet. In der Nähe von Veronne im Sommegebiet arbeiten seit einigen Wochen etwa einhundert deutsche Arbeiter am Wiederbau des zerstörten Gebietes. Sie wohnen in einem Zeltlager, das sie nicht verlassen dürfen. — Die Arbeitslosen der Gegend haben bereits gegen die Anwesenheit der Deutschen Einspruch erhoben. Der Abgeordnete des Sommedepartements, Comnet, hat eine ausführliche Anfrage an den Arbeitsminister gerichtet.

Spanien.

Neue Attentate in Barcelona. Sämtliche Blätter bringen Nachrichten über die Ermordung des Kardinal-erzbischofs von Saragossa Soldevila. Dem Mörder gelang es, unbekannt zu entkommen. Der Zivilgouverneur gibt bekannt, daß die Beweggründe, die zu dem Verbrechen geführt haben, nicht bekannt seien. In Barcelona wurden von sozialistischer Seite drei neue Attentate verübt. Sol und La Accion widmen diesen Vorgängen ausführliche Artikel, in denen sie von einer Sühnpolitik der Lage sprechen. In Marokko dauern die schweren Kämpfe an. Die Spanier behaupten ihre Stellungen nur mit erheblichen Verlusten. Der Kommandant der Fremdenlegion ist gefallen, der Chef der Fliegertruppe schwer verwundet.

Serbien.

Zur Dinar-Gaule. Finanzminister Stojadinovic erklärte, die Steigerung des Dinarswertes im Ausland sei nicht vom Finanzministerium veranlaßt worden; im Gegenteil habe die Nationalbank interveniert, um ein allzu rasches Steigen des Dinar-Kurses zu verhindern. Die Steigerung sei eine Folge der Ausbalancierung der Zahlungsbilanz Jugoslawiens. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß die Spekulation sich mit dem günstigen Stande der Ernte in Süditalien beschäftige. Sicher sei, daß die zweite Rate der amerikanischen Anleihe in Höhe von zehn Millionen Dollars realisiert werde; es seien nur noch Einzelheiten zu erledigen.

China.

Das Gesamtkabinett ist zurückgetreten. Es wird allgemein angenommen, daß die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung der Grund für den Rücktritt seien.

England.

Keine Reparationsdebatte in England. Im Oberhaus sollte heute Greg die Wiederherstellungsfrage zur Erörterung bringen, doch wurde die Aussprache auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Debatte, in der Lord Curzon eine längere mit großer Spannung erwartete Erklärung abgeben sollte, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach wegen der Verhandlungen in Brüssel und der erwarteten deutschen Note vertagt worden sein. — Im Unterhaus erklärte Baldwin, er wolle der Meinung, daß eine Aussprache über die Wiederherstellungsfrage im gegenwärtigen Augenblick unangebracht sein würde.

Ruhe in Irland. Aus Dublin wird gemeldet: Der Befehl de Valera an die Aufständischen, die Feindseligkeiten einzustellen und die Waffen in Schlupfwinkeln zu verbergen, ist offenbar befolgt worden. Seit einigen Tagen ist in Irland kein Schuß gefallen.

Arbeitsminister Gruppe über die Wirtschaftslage.

In einer vom Reichsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Baden abgehaltenen Versammlung sprach am Dienstag abend der sächsische Arbeitsminister Gruppe über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Tätigkeit der sächsischen Regierung. Die Saugner Nachrichten berichten über den Vortrag unter anderem: „Es ist, bei aller grundsätzlicher anders gerichteten politischen Orientierung, auf ein Referat großzügigen Stils von höherer Seite mit aufschreibenden neuen Gesichtspunkten eingeleitet, wurde nicht enttäuscht sein. Die Ausführungen des Herrn Gruppe erschöpfen sich in der Hauptsache in heftigen Angriffen auf die Reichsregierung und die Industrie. Mit einer Schärfe, die sich in den Worten eines bundesstaatlichen Ministers recht eigenartig ausnimmt, wurde die „Luna-Regierung“ und ihre Politik in einer Weise gerichtet, die jede Objektivität, wie man sie doch wohl von einem Mann in leitender Stelle fordern darf, völlig vermissen ließ. Zum Schluß wurde natürlich das Gelingen der Sache von rechts zitiert, was willkommenen Anlaß gab, zum Zusammenschluß der proletarischen Einheitsfront, zur Bildung der proletarischen Kampforganisationen und zur Uebertragung der sächsischen Regierungslinien auf die Reichspolitik aufzurufen.“

Der Hochverratsprozess in Hannover.

In der gestrigen Verhandlung gegen Fuchs und Gernsen wurde der Exzentrik Richard Guter mann nochmals vernommen. Nach seiner Aussage hätte der beschuldigte Angeklagte nach dem Aufbruch der Angeklagten auf, daß die bolschewistische Gefahr sich in Norddeutschland immer mehr ausbreite. Guter mann sagte, er habe an sich dem Plan einer Bekämpfung des Bolschewismus freudig zugestimmt, und hielt auf seiner Aussage bestehen, daß die Bewegung eine Abwehrbewegung gewesen sei. Sein Stiefbruder Rudolf Guter mann sagt aus, er habe an einen Umsturz nicht gedacht, sondern lediglich an eine Beteiligung an der Bekämpfung des Bolschewismus. Angeklagter Berger erklärte, er habe als Führer des Bundes Oberland von Schäfer den Auftrag erhalten, seine Truppe in erhöhte Bereitschaft zu setzen, und zwar unter dem Vorwand, daß man der Forderung der Wainlinie durch die Franzosen zuvorkommen müsse. Angeklagter Wunz sagt, daß bei einer Besprechung mit Dr. Rühlens und Fuchs an ihn die Zumutung gestellt worden sei, Abwehrmaßnahmen gegen den Bolschewismus zu treffen. Berger sollte zu diesem Zweck eine Fühlungnahme mit tschechoslowakischen Staatsmännern herbeiführen. Fuchs habe von ihm für die Aktion 100 Millionen verlangt. Er habe niemals geahnt, daß es sich um eine landesverräterische Aktion zugunsten Frankreichs handle.

In der gestrigen Nachmittagsung des Fuchs-Wachhausprozesses wurde u. a. Dr. Wuge als Zeuge vernommen. Dieser erklärte, die Aussage des Zeugen Eug. Wuge habe die Gründung einer Partei geplant, sei erlunden. Der Zeuge Eitelbauer teilte mit, der Angeklagte Fuchs habe die Aktion als erledigt bezeichnet und dem General Woskow die Führung der sämtlichen Verbände übertragen wollen. Demgegenüber behauptete Fuchs, dem Leutnant Reunpfer erklärt zu haben, daß er die Führung der Aktion nunmehr allerdings Woskow übertragen wolle, da er von der Beteiligung der jetzigen Verbände überzeugt sei. Der Vorsitzende machte dem Angeklagten an Hand der Zeugenaussagen Vorhaltungen, daß sein Gespräch mit Reunpfer anders gelaufen hätte, als es Fuchs jetzt darstellt. Er habe in diesem Gespräch seinen Willen ausgesprochen gegen die jegliche Einigkeit Deutschlands und habe gesagt, daß der deutsche Norden vom Bolschewismus bedroht sei, außerdem habe Fuchs damals geäußert, daß er mit Frankreich bereits Verhandlungen wegen Bekämpfung von Wirtschaftsmitteln eingeleitet habe. Der Angeklagte Fuchs erklärte, daß er dies wohl gesagt habe, aber unter ganz anderen Bedingungen. Er habe nur eine vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich im Auge gehabt.

Reichsminister Dr. Luther zur Ernährungslage.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am Donnerstag unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Luther eine Besprechung mit den Organisations der Verbraucher statt, die die Schwierigkeiten auf dem gesamten Gebiete der Ernährung behandelte. Einleitend wurde ausführlich dargelegt, welche geschäftsleitenden und Verordnungsmaßnahmen in den letzten Monaten durchgeführt und in Angriff genommen worden sind, besonders zur Frage der Handelsverlängerung der Wucherbekämpfung der Preiskontrolle usw. Die Wirkung, besonders auch die vorbeugende Wirkung, aller dieser Maßnahmen wurde von beiden Seiten in ihrer Bedeutung anerkannt. Weiter behandelte der Minister unter scharfer Betonung der sich aus den Preissteigerungen ergebenden Schwierigkeiten eingehend die Anregungen, die von Seiten der Verbraucher gegeben wurden, und legte die gesamte Ernährungslage dar, wobei er unter Zustimmung der Anwesenden die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Preisbildung durch allgemeine Verfügungsaktionen des Reichs als unwirtschaftlich und in ihrer letzten Auswirkung auch für die Verbraucher schädlich bezeichnete. Die Unmöglichkeit, durch derartige Maßnahmen der Regierung preislegend zu wirken, veranlaßte die Verbraucher zu dem Wunsch, der Minister möchte den anderen in Betracht kommenden Ressorts der Regierung diese Verhältnisse darlegen, damit dieser Umstand bei den Verhandlungen über Lohn- und Gehaltszahlungen beachtet wird. Der Minister sagte einen solchen Schritt zu. Die Aussprache ergab im ganzen eine weitgehende Uebereinstimmung in der Beurteilung der Sachlage.

Die englischen Arbeiter zum Ruhrkampf.

Ben Tillet, einer der Ältesten Führer der englischen Arbeiterbewegung, wollte schon vor einigen Tagen lang im Ruhrgebiet und im Rheinland, um im Auftrage der großen englischen Transportarbeiterorganisation die durch den Einbruch der Franzosen geschaffene Lage an Ort und Stelle zu studieren. Sein Bericht dürfte, wie verheißt wird, für die Entscheidungen der englischen Arbeiterpartei von größter Bedeutung sein. Die Eindrücke, die er im Ruhrgebiet gewann, verklärten die energische Ablehnung des französischen Abenteuers, darüber gebe es, so verheißt er, in der englischen Arbeiterpartei keine Meinungsverschiedenheiten. Ben Tillet bekennt sich als Gegner jeder Art einer Loslösung, auch der Bildung einer christlichen Republik. Auch überzeugt er sich davon, daß eine internationale Gendarmerie unter Völkerbundkontrolle die Rechte der christlichen Bevölkerung auf schwerer beeinträchtigen würde. Mit besonderer Empörung sprach Ben Tillet von der Brutalität der französischen Aufwieglerpartei. Die englischen Transportarbeiter würden auf Grund seines Berichtes in eine Aktion darüber eintritten, auf welche Art sie ihre vortrefflich ausgebildete Organisation dazu verwenden könnten, um dem französischen Imperialismus in seinem Kampfe gegen das deutsche Volk in die Hände zu fallen. Entscheidungen darüber seien vielleicht schon in nächster Zukunft zu erwarten.